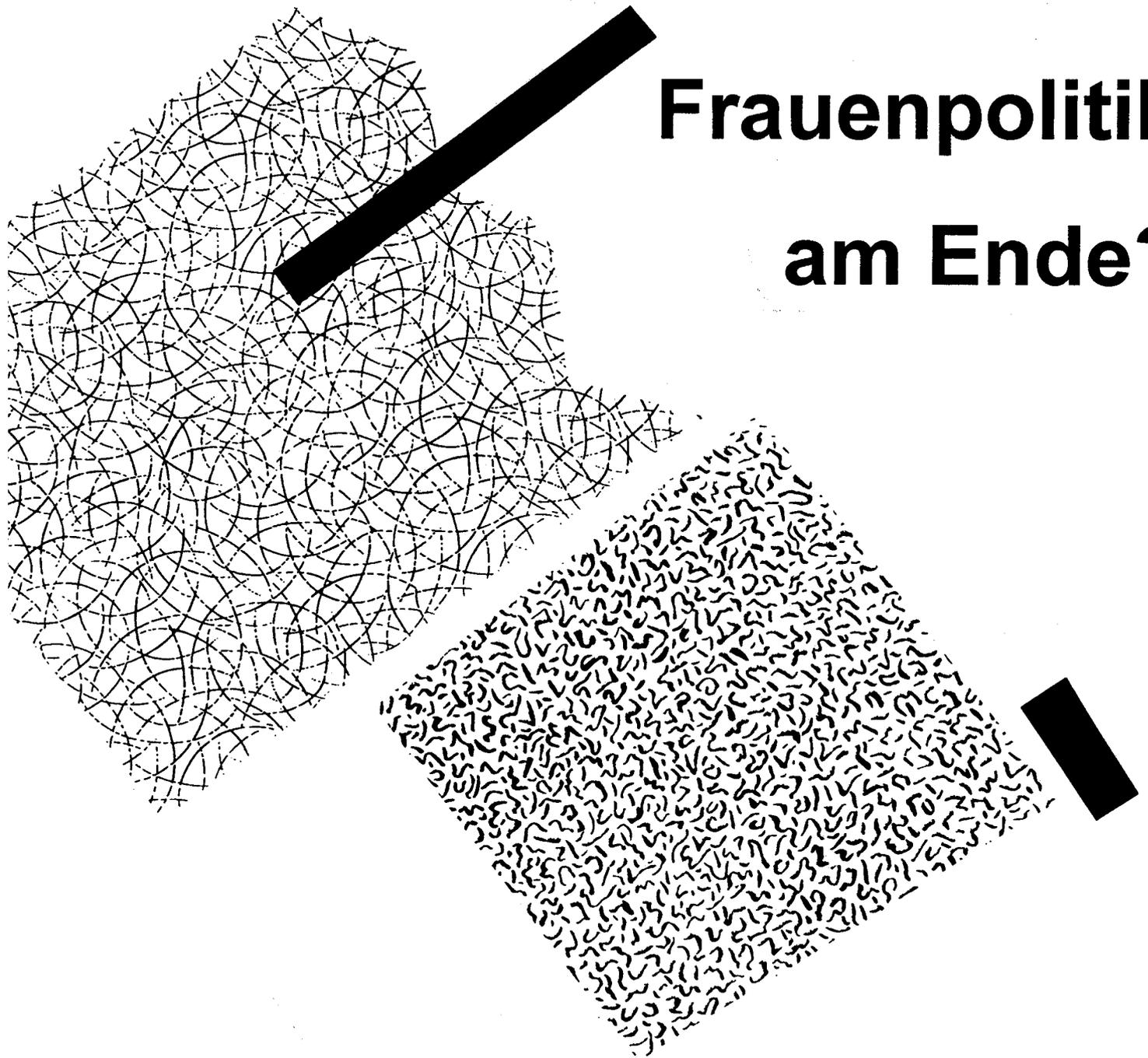


KoFru 70

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Okt./Nov.. 1994
12 Jg.

Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?



Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?	S. 3
Starnberger Frauenbeauftragte entpuppt sich als Antifeministin S. 10	
Zusammenschlüsse/Resolutionen	S.11
Menschenrechtsverletzungen an tibetischen und chinesischen Frauen S. 11, Vermögensbildung in Frauen/Lesben-Hand S.14	
ABM-Stelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen S.16, Yellow Gate Greenham Common S.17, Lesben als Mütter - Schwule als Väter S.19, Weibewirtschaft S.19, Gemeinsames Sorgerecht S.19	
Feminsmus in Rußland S.20.	
Nachrichten	S. 21
Literatur	S. 24
Termine	S. 27

IMPRESSUM:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.
Baaderstr.30, 80469 München, Tel. 089/20 10 450, Fäxin: 202 27 47,

Redaktion: Anita Heilger, Annette Stehr, Ulrike Gerhart

Beiträge in dieser Ausgabe von: Anita Heiliger, Ulrike Gerhart, Monika Gerstendörfer

Umschlaggestaltung: Monika Neuser

Satz: Annette Stehr

Layout: Annette Stehr

Druck: Top Service, München

Nachdruck erwünscht, aber bitte mit genauer Quellenangabe.

JAHRESABONNEMENT:

6 Ausgaben in 2-monatiger Folge zum Preis von 35.-DM incl. Porto. Das Abo verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Beendigung gekündigt wird.

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Kontonummer 78 055 00, BLZ 700 205 00

Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?

Anita Heiliger

ung des Gesetzes für Chicago verantworten. "

1. Chicagoer Verhältnisse schaffen

“Chicago bekommt mehr und mehr die Folgen eines Boykotts schmerzlich zu spüren, den die Anhänger der Frauenrechtsbewegung in den USA gegen die Millionenstadt Chicago verhängt haben. Die Strafaktion, an der sich mehr als 50 Organisationen beteiligen, richtet sich gegen diejenigen Bundesstaaten, die wie Illinois bisher den Gleichberechtigungszusatz (Equal Rights Amendment) zur Verfassung noch nicht gebilligt haben. Der Zusatz, für den sich die Frauenrechtler stark machen, schließt jede Diskriminierung ‘auf Grund des Geschlechts’ aus. Außer Chicago melden Miami, Las Vegas, New Orleans und St. Louis als bevorzugte Ziele des Boykotts herbe finanzielle Einbußen. Der Schaden wird beträchtlich ansteigen, falls die Frauenrechtler auch künftig ihre Anhänger auffordern, Tagungen nicht mehr in dieser Stadt zu veranstalten. Die Frauen-Liga der nationalen Lehrervereinigung, die amerikanische Bibliothekergesellschaft und die Vereinigte Automobilarbeitergewerkschaft gehören zu den prominenten Organisationen, die demonstrativ für Chicago vorgesehene Kongresse abgesagt haben. So gesteht denn auch der Chef des Kongreß- und Tourismusbüros der Stadt, die Lage sei sehr ernst: Unsere Verluste gehen in die Millionen! Zahlreiche Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses von Illinois haben inzwischen bereits signalisiert, sie würden über die Sache noch einmal nachdenken und ihre bisherige Ablehnung aufgeben. Dabei handelt es sich nur zum Teil um politische Einsicht. Viel mehr wollen die Volksvertreter offenbar nicht die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Ablehn-

Diese Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 14./15. Januar 1978 verweist auf einen Knackpunkt politischen Kampfes, der in der deutschen Frauenbewegung niemals in großem Maßstab - wohl im kleinen - angewendet wurde: der wirtschaftliche Boykott, der die Männer da trifft, wo sie am empfindlichsten sind und was sie für das wichtigste auf der Welt halten: das Geld. Dabei hat das Mittel des wirtschaftlichen Boykotts immer Erfolg gehabt. In München beispielsweise rief die Münchner Frauenbewegung zum Boykott der Süddeutschen Zeitung, zur massenhaften Kündigung von Abonnements auf, als diese mehrere Artikel einer Journalistin veröffentlicht hatte, in der insbesondere Frauenprojekte frontal angegriffen und diskriminiert waren - in trauter Einheit übrigens mit einer damals aktuellen Linie der CSU.¹ Dieser Boykottaufruf war in mehrerer Hinsicht erfolgreich: 1) diese Journalistin berichtete fortan nicht über Frauenprojekte und deren Kontext 2), gab sich von da an die Zeitung zu Frauenthemen moderater und beendete endlich ihrerseits die bis dahin vorherrschende Weigerung, reine Frauenveranstaltungen in ihrem Veranstaltungskalender abzdrukken. Heute also kündigen sie auch jede Veranstaltung “nur für Frauen” anstandslos an, was durchaus von Bedeutung ist zur potentiellen Politisierung von Frauen, die nicht bereits zum engeren Kreis derjenigen gehören, die längst begriffen haben, was frauenpolitisch bzw. frauenfeindlich in unserer Gesellschaft abgeht und bereits aktiv geworden sind.

Ein zweites Beispiel ist die Schwulenbewegung, die in England und den USA durchaus ihre Kunden-Macht zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzt. In England etwa endete der Boykott des Blattes “Voice” wegen Homosexuellenfeindlichkeit mit der Zusicherung, künftig Lesben und Schwule positiver darzustellen. Der Boykott der

Hotelkette Mount Charlotte in Wales, die sich geweigert hatte, Lesben und Schwule der Gewerkschaftsgruppe NALGO bei ihnen tagen zu lassen, endete mit deren Angebot, eine der nächsten Nalgo-Konferenzen in ihrem Haus durchzuführen. Der Boykott gegen Malboro in den USA, weil der Konzern den reaktionären homosexuellenfeindlichen Senator Jesse Helms in seinem Wahlkampf unterstützt hatte, endete vorerst mit einer Spende des Konzerns von 100 000 Dollar für den Kampf gegen Aids.²

Frauen haben zwar eine geringere Kaufkraft als Männer, aber diese ist dennoch enorm und könnte - als Kampfmittel eingesetzt - durchaus eine hohe Steuerungskraft erhalten: sind doch die meisten Betriebe (und das kapitalistische Wirtschaftssystem an sich), ist doch das Geld- und Produktionssystem als Ganzes ein fundamentaler Faktor in der Aufrechterhaltung der Geschlechterhierarchie - der Männermacht über Frauen - ideologisch und materiell.

Oft ist über wirtschaftlichen Boykott (z.B. von Hausfrauen) nachgedacht und diskutiert worden. Als effektives Mittel zur Durchsetzung großer politischer Ziele ist es m.W. in der BRD noch nicht verwirklicht worden. Der Frauenstreiktag, 1993 erstmals nach Schweizer Beispiel in der BRD durchgeführt, hat bisher nur symbolische Bedeutung.

Könnte ein gezielt angelegter Boykott eine Möglichkeit sein, Frauenpolitik durchzusetzen? Wir müssen heute auf jeden Fall in der Frauenpolitik unsere Strategien und Methoden hinterfragen/überprüfen und die letzten 10 Jahre einer knallharten Selbstkritik und Revision unterziehen.

2. Wo stehen wir?

Denn wo stehen wir in der gesellschaftlichen Durchsetzung frauenpolitischer Grundforderungen? Was ist in den vergangenen ca. 20 Jahren aktiver Frauenbewegung erreicht worden? Was hat sich verändert?

In den 80er Jahren waren wir optimistisch und sahen die frauenpolitische Saat aufgehen. Politik und Institutionen integrierten die sogenannte

'Frauenfrage', die ja im Kern eine Männerfrage ist. Sie gaben dem massiven Druck der Frauen nach, die in den 70er Jahren ihr politisches Bewußtsein ausgebildet, die gesellschaftliche Analyse der Geschlechterhierarchie, der Männermacht, der Unterdrückung von Frauen mit sowohl offener als auch subtiler Gewalt anhand ihrer je persönlichen Erfahrungen nachvollzogen hatten. In den großen Demonstrationen gegen den § 218, gegen die Gewalt, für Selbstbestimmung und für Bestimmungsmacht auf der Seite von Frauen in zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen und Diskussionen wurde sichtbar, wie viele wir waren: das Kampfpotential, das damit sichtbar und spürbar wurde, war wirklich enorm. Was sich gesellschaftlich und politisch tat, erschien uns als großer Sieg: die Scheidungsreform, die Reform des § 218 - zur Fristenlösung hatte es politisch ja doch nicht gereicht, geschweige denn zur Abschaffung des § 218 -, die ersten Frauenhäuser mit öffentlicher Finanzierung wurden eröffnet, Frauenprojekte schossen wie Pilze aus dem Boden, in allen Gremien stellten Frauen die Frauenfrage. Die Einrichtung von Frauenbeauftragten und Gleichstellungsstellen entsprach neben Frauenförderprogrammen der Hoffnung, nun den Durchbruch zur gesellschaftlichen Durchsetzung und Kontrolle der Beendigung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen einleiten zu können. Die Finanzierung von Teilen der autonomen Frauenbewegung fand ebenfalls politische Unterstützung. Dies geschah und geschieht zum einen sicher deshalb, weil manchenorts begriffen wurde, daß eine außerinstitutionelle Kraft notwendig ist, um die Frauenfrage in Freiräumen weiterzuentwickeln. Aber zum zweiten viel mehr wohl deshalb, um die autonome Frauenbewegung in institutionelle und verwaltungstechnische Strukturen einzubinden und ihnen eine feste Rolle in der gesellschaftlichen Reformierung zuzuweisen. Wer sich konkret am Umbau der Gesellschaft beteiligt und dafür auch noch bezahlt wird, tut sich fortan schwer mit Rebellion und Revolution. Strukturen der Zusammenarbeit entwickelten sich daher. Institutionen verloren in dem Maße Feindbildcharakter und -funktion, als sie selbst Frauenthemen aufgriffen

und ihre Bereitschaft zur Innovation in der Geschlechterfrage signalisierten. Na prima, wir waren also auf dem besten Wege in die patriarchatsüberwindende Gesellschaft: Frauen thematisierten alle gesellschaftlichen Bereiche in ihrem Androzentrismus, ihrer Frauenausgrenzung, ihrer Frauenfeindlichkeit und sie entwickelten diverse Handlungsansätze. Einer davon war und ist das Konzept der Beteiligung an der politischen und wirtschaftlichen Macht. Es verfolgt das Ziel, daß Frauen in Macht- und Leitungspositionen in der Politik, in der Wirtschaft, in sämtlichen Institutionen den Umbruch einleiten, die Fraueninteressen und Frauenfähigkeiten einbringen, Veränderungskonzepte entwickeln, Forderungen erarbeiten und die gesellschaftliche Innovation in der Geschlechterfrage durchführen. Viele Frauen gingen und gehen diesen Weg. Überzeugt und optimistisch setzen sie all ihre Fähigkeiten ein, sind kompromißbereit um der Akzeptanz der (Frauen)- Sache willen, sind dankbar für jede - noch so kleine - Aufmerksamkeit, die der (Frauen)Sache entgegengebracht wird, sind froh über jeden - noch so winzigen - Erfolg, sind stolz, wenn sie wieder eine Position auf einer Leitungsebene bzw. für Frauen errungen zu haben.

Die Bilanz jedoch, die wir heute zu ziehen haben, ist bitter. Geht es einer Frau nicht nur um einen Posten, sondern geht es ihr explizit um Frauenpolitik, so bläst ihr heute eisiger Wind entgegen, sieht sie sich mit einer Wand einhelligen, geschlossenen Widerstandes auf der Seite von Männern und patriarchal identifizierter Frauen konfrontiert.

Das Fazit von Heide Pfarr nach politischer Beteiligung im Land Berlin und in Hessen ist niederschmetternd:

‘Die Frauenpolitikerin stößt immer und überall auf den geballten Widerstand. Die Apparate kennen alle Wege und Schlichen, um neue Ansätze im Sand oder vielmehr in der Bürokratie verlaufen zu lassen... Der Widerstand wird schließlich militant, wenn die Männer, die in den Institutionen beschäftigt sind, ihre persönlichen Interessen gefährdet sehen. Das geschieht schon dann, wenn der

Frauenpolitikerin zugestanden wird, daß sie für die eine oder andere Beförderungsposition nach Qualifikation entscheiden und gar Frauen berücksichtigen will. Am schlimmsten ist es, wenn sie dieses Verhaltensmuster auch noch allgemein verbindlich machen will. Lang geplante Karriereleitern, gut gesicherte Seilschaften und Männernetzwerke sind so vom Zusammenbruch bedroht. Mögen Männer auch einmal eine Änderung der Politik nach außen hinnehmen, ein Infragestellen ihrer persönlichen Position, eine Verletzung ihrer Karriereaussichten und das Zerschlagen ihrer männlichen Machtzentren werden sie auf keinen Fall durchgehen lassen...

Nach allen Erfahrungen werden Frauen allgemein und erst recht Frauen, die sich für Frauenpolitik einsetzen, nicht in den Betrieben in die Ämter und Institutionen gelassen, damit sie dort ernsthaft etwas für die Frauen tun. In aller Regel sind die Berücksichtigungen von Frauen für Positionen, erst recht aber die Einrichtung eines Frauenministeriums oder einer Gleichstellungsstelle, einer Frauenkommission oder auch einer Quote, für die Besetzung von Wahlämtern darin begründet, daß die Forderungen von Frauen und einzelner Männer nicht mehr länger ignoriert werden konnten. Die Institutionalisierung soll deren Gemüter beruhigen und die Annahme nähren, nun sei etwas Entscheidendes geschehen, der große Schwung hin zur Gleichberechtigung sei getan. Keineswegs aber gehen die in den Institutionen und jene, die sie tragen, ernstlich davon aus, daß nunmehr in der institutionalisierten Frauenpolitik Strukturen entwickelt und durchgesetzt werden sollen, die die Gesellschaft hin zu einer gleichberechtigten verändern.’³

Heide Pfarr thematisiert auch das Mittel der persönlichen Angriffe, mit dem Frauen ja immer bekämpft werden und kritisiert scharf die Dysfunktionalität männlicher Strukturen:

‘die männlich dominierte Politik ist durch gnadenlose Konkurrenzkämpfe, eingeschränkte Sachbezogenheit, Ineffektivität und

Zeitverschwendung gekennzeichnet.''

Ohne Zweifel: die Frau weiß genau, wovon sie spricht. Aus den Reihen der autonomen Frauenbewegung ist institutionalisierte Frauenpolitik immer als Krisenvermeidungsstrategie analysiert und ist dem (schleichenden) Gang durch die Institutionen immer größte Skepsis entgegengebracht worden. Das ist bekannt, doch wurden diese Analysen bisher von Frauen in den Institutionen abgewehrt, manchmal gar als persönlicher Angriff mißverstanden. Frauen, die die konkrete Erfahrung der Grenzen bzw. des Scheiterns ihrer Frauenpolitik gemacht haben, rechnen äußerst selten öffentlich mit den vorhandenen Strukturen ab, halten sich womöglich individuell und persönlich für eine Versagerin. Heide Pfarr benennt jedoch die Strukturen als solche, die Frauen jeden erdenklichen Widerstand entgegensetzen, wenn sie Rechte, Bestimmungsmacht und Schmälerung männlichen Terrains einfordern.

Wo stehen wir denn in puncto Bestimmungsmacht, Frauenrechte, Abbau patriarchaler Verfügungsmacht, Abschaffung (sexueller) Gewalt als Instrument männlicher Machtabsicherung im persönlichen ebenso wie im gesellschaftlichen Bereich, wo stehen wir in puncto Selbstbestimmung von uns Frauen über unsere materielle, physische, psychische und geistige Existenz? Es steht gesamtgesellschaftlich nicht gut. Wir haben allerdings Nischen geschaffen, und recht gut können Frauen heute (über)leben, wenn sie sich einpassen, d.h. wenn sie die herrschenden patriarchalen Strukturen nicht grundlegend hinterfragen, wenn sie sich an bestehenden männlich definierten Leistungs- und Organisationsstandards orientieren, wenn sie prinzipielle Offenheit für Beziehungen mit Männern signalisieren und sie nicht frontal angreifen und infragestellen. Sollten sie doch Kritik üben, dann tun sie es charmant und mit entschuldigendem Lächeln. Verhält frau sich aber nicht nach diesem Modell, lächelt sie nicht, ist sie uncharmant, laut und unverschämt, stellet sie offensichtlich Männlichkeit als allgemein gültigen Maßstab grundsätzlich infrage, will sie Strukturen verändern, so wird sie "zickig, unattraktiv, fad, extrem, unweiblich, frustriert" etc. genannt - auch

das ist natürlich alt und bekannt und doch ist es immer wieder frappierend, mit welcher unschönen Regelmäßigkeit entsprechende Etikettierungen verteilt werden, sobald frau den ihr innerhalb der bestehenden Strukturen zugestandenen Verhaltensspielraum verläßt. Die Folge dieser Domestizierung ist: die meisten Frauen spielen mit, sie halten die Tiefschläge, die persönlichen Diskriminierungen, die Isolation und die Notwendigkeit der partiellen Verhärtung nicht aus, sie wollen die Anerkennung - von Männern und innerhalb des bestehenden Systems. Damit aber sitzen sie automatisch in der Patriarchatsfalle. Sie werden dann möglicherweise zu denjenigen gehören, die z.B. Quotierung von Frauen ablehnen: so etwas haben sie nicht nötig, denn sie akzeptieren und erfüllen ja die geltenden Leistungs- Verhaltensstandards. Sie fallen dann möglicherweise allen (Frauen) in den Rücken, die für die Neubestimmung dieser Standards eintreten oder die auf andere Bewertungskriterien generell angewiesen sind. Sie fallen allen in den Rücken, die strukturelle Veränderungen herbeiführen wollen. Es gibt bereits viel zu viele von ihnen und es werden immer mehr, je mehr gesellschaftliche Bereiche und Positionen sich für Frauen öffnen und je mehr Frauen sich diese Öffnung als ihren persönlichen Erfolg anrechnen und die dahinterstehenden Kämpfe von Frauen ignorieren, denn "der Einsatz für Frauenfragen (ist) der Karriere... eher hinderlich"⁴.

Schon seit den ersten Erfolgen der Frauenbewegung in den 70er Jahren begannen sich Teile des Patriarchats zum Gegenschlag zu formen: der "backlash" ist kein neues Phänomen, nur: in den 70/80er Jahren existierte eine starke Frauen-Gegen-Öffentlichkeit, die sich Aufmerksamkeit verschaffen konnte.: Mit der Vereinigung aber gelang der neue Rückschwung: neue Prioritätensetzung und Rückkehr zu den alten "Werten" waren schlagartig wieder möglich und akzeptiert. Es ist wirklich zum Verzweifeln, wenn wir die Entwicklung des § 218 sehen, die Gen- und Reproduktionstechnologie, die Wirkung und Auswirkung der (sexuellen) Gewalt, die neue Propagierung von Väterrechten, die von der SPD

unterstützten frauenfeindlichen Pläne zur Reform des Kindschaftsrecht, die Kampagne des angeblichen "Mißbrauchs mit dem Mißbrauch", die Refamiliarisierung von Frauen, die Verengung des Erwerbsarbeitsmarktes für Frauen, die weiteren Auswirkungen des akuten und sich zunehmend verschärfenden Antifeminismus, den wir alle alltäglich zu spüren bekommen. Die Reproduktion patriarchaler Geschlechtsrollen findet (fast) ungebrochen statt. Sie stellt sicher, daß männliche Bestimmungsmacht sich von Generation zu Generation fortsetzt. Ergebnisse der Mädchenforschung zeigen in diesem Zusammenhang, daß Mädchen spätestens in der Pubertät mit den patriarchalen, zwangsheterosexuellen Verhaltenserwartungen in einer Weise konfrontiert werden, die zur Aufgabe alles vorherigen Wissens, aller Erfahrungen, Eigenständigkeit und Stärke der Mädchen führt. Die amerikanischen Forscherinnen Lyn Brown und Carol Gilligan befragten über 5 Jahre hinweg wiederholt ca. 100 Mädchen zwischen ihrem 8. und 13. Lebensjahr.⁵ Sie konnten den Prozeß der Domestizierung, des Verstummens der Mädchen detailliert anhand von deren eigenen Berichten dokumentieren. Sie stellten fest, daß die patriarchalen Vorstellungen von Weiblichkeit, "wie ein Mädchen zu sein hat", die Kraft und die Authentizität der Mädchen zerstören, ihre intensiven Beziehungen, die sie in jüngerem Alter untereinander haben, auflösen, sie voneinander trennen und sie in falsche, unechte Beziehungen drängen. Die Vermittlerinnen dieses Prozesses sind die erwachsenen Frauen, das geht aus den Mitteilungen der Mädchen deutlich hervor. Die erwachsenen Frauen geben ihre eigene Geschichte der Anpassung, der Beziehungskompromisse, der Trennung voneinander an die Mädchen weiter. Die Untersuchung der Amerikanerinnen endet mit der betroffenen Aufforderung an erwachsene Frauen, sich mit den Mädchen in ihren Stärken und ihrer Unangepaßtheit zu solidarisieren und damit auch für sich selbst den Weg der Anpassung wieder rückgängig zu machen und den Mädchen die notwendige Radikalität, den Mut und die Unverfrorenheit zu lassen, ohne die sich patriarchale Strukturen niemals auflösen werden.

3. Worum geht es in der Frauenpolitik?

Eine konsequente - und das ist eine feministische - Frauenpolitik steht in grundsätzlichem Widerspruch zur gültigen Politik als Männerpolitik im Interesse der Aufrechterhaltung patriarchaler Machtstrukturen und der Ausbeutung von Frauen. Es geht nicht um Abschwächung, sondern um Abschaffung des Patriarchats. Es geht mit Frauenpolitik immer grundsätzlich um die gesamte Gesellschaftspolitik. Es geht um eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und der ihnen zugrundeliegenden Denk- und Handlungssysteme. Nun wird uns mit wachsender Beliebtheit vorgehalten, wieso wir glauben würden, Frauen könnten das alles besser, schließlich seien sie gar nicht die besseren Menschen, sondern gleichfalls zu allem im Prinzip fähig, was Männer an destruktiven und kriminellen Verhaltensweisen an den Tag legen. Die neue "Täterinnen"-Debatte soll diese These beweisen.⁶ Mit dieser defaitistischen Argumentation soll die Steuerbarkeit menschlicher Entwicklung über Sozialisationsimpulse gelegnet werden nach dem Motto: der Mensch ist eben von Natur aus schlecht, aggressiv, destruktiv etc. Damit wird legitimiert, daß es gesellschaftliche Strukturen geben müsse, die ihm sozusagen einen "zivilisierenden" Rahmen geben. Der große prägende Einfluß der Sozialisation kann jedoch permanent an den stereotypen Ausgestaltungen weiblicher und männlicher Persönlichkeitscharaktere nachvollzogen werden. Frauen werden ja überaus erfolgreich zur Übernahme von Verantwortung, zur Selbstrücknahme, zur Beziehungsfähigkeit und zur Fürsorge erzogen. Das wäre auch alles o.k., wenn diese produzierten Eigenschaften nicht funktionalisiert würden, um Frauen von gesellschaftlicher Macht auszuschließen und sie primär für Männer einzusetzen. Würden beide Geschlechter die heute als weibliche angesehene Erziehung erhalten, was ich für sehr wünschenswert halte, kämen wir durchaus klar, hätten wir einen grundsätzlich gewandelten männlichen Sozialcharakter und: eine gesellschaftliche Revolutierung.

Frauenpolitik, die an den gesellschaftlichen Bedingungen etwas ändern will, darf sich nicht auf die bloße Benennung und Reduzierung der Diskriminierung und Zurichtung des weiblichen Geschlechts beschränken, darf nicht auf quantitative Prozesse wie Teilhabe an männlicher Macht abzielen, sondern muß die gesamte Gesellschaft im Blick haben, deren Strukturen erkennen, die die Zurichtung von Mädchen und Frauen und die Herstellung der männlichen Gattung als Herrschende, als über Frauen Verfügende, ermöglichen. Es geht langfristig um die Schaffung einer neuen Gesellschaft, die gänzlich ohne Geschlechterhierarchie und gewaltsame Unterdrückung und Zurichtung eines Geschlechts auskommt, mit anderen Worten eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die Frauen ebenso ihren selbstbestimmten Raum gibt wie Männern und ihre Beziehungen zueinander auf der Ebene gleicher Machtverhältnisse regelt, die besondere Existenz von Frauengesellschaften ebenso zuläßt wie eigene Männergesellschaften und Formen gemischten Zusammenlebens. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die bestehenden Strukturen als patriarchale erkannt, benannt und radikal hinterfragt werden und eine Abschaffung der geschlechtsspezifischen Herrschaft tatsächlich gewollt wird. Eine Leugnung oder Abschwächung dieser vorfindlichen Realität spiegelt immer eine Bewußtseintrübung aufgrund bestehender Abhängigkeitsverhältnisse und entsprechender Kompromisse wider und läßt eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung unerreichbar werden.

Von daher ist es unumgänglich, sich permanent selbstkritisch der eigenen politischen Ziele und Analysen zu vergewissern, Kompromisse zu erkennen und rückgängig zu machen. Männerfreundliche Frauenpolitik - wie manche Mädchenpolitik sich neuerdings anbieten muß, um im Amt akzeptiert zu werden - gibt es im Prinzip nicht. Konsequente und radikale Frauenpolitik muß Männern die ihnen ungerechterweise zugescho-bene Macht entziehen. Übrigens läßt schon der Gebrauch des Begriffes "Benachteiligung" zur Kennzeichnung der gesellschaftlichen Situation

von Mädchen und Frauen von vorneherein auf eine Vermeidung der Konfrontation mit der Geschlechterhierarchie und dem bestehenden Macht- und Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern schließen. Die Benennung der bestehenden patriarchalen Gesellschaft als Organisation männlicher Herrschaftsinteressen darf aber nicht vermieden werden, denn es geht um die Aufhebung der Ausbeutung, Funktionalisierung und Zerstörung sowohl der realen Frauen als auch des weiblichen Prinzips in dieser Gesellschaft, das zwar mit Leben schaffen und erhalten gleichgesetzt wird, gleichwohl aber mißachtet wird. Es geht ferner um das Erkennen der sexuellen Gewalt als Mittel der Aufrechterhaltung dieser Herrschaft und der Durchsetzung patriarchaler Interessen. Deshalb können Maßnahmen für Opfer ohne die Sanktionierung der Täter und grundlegende Prävention die tendenziell in der Abschaffung dieser Herrschaftsverhältnisse liegt nicht mehr erreichen als die bestehenden Probleme zu begleiten und die Folgen evtl. zu mildern.

Es muß auch verhindert werden, daß Frauen permanent die Energien abgezapft werden. Gegenseitige Stärkung in homogenen Gruppen ist daher überlebensnotwendig.

Die diffamierende und oft sehr wirkungsvolle (Fremd)Zuschreibung konsequenter und radikaler Frauenpolitik als männerfeindlich soll übrigens nur die reale Frauenfeindlichkeit der bestehenden Gesellschaft verdecken, deutet berechnete und notwendige Kritik in neurotische Feindseligkeit um und interpretiert bereits die bloße konsequente Zentrierung auf Frauen und die damit verbundene Nichtachtung von Männern als extremistisch.

Geschlechterhierarchie wird über die Macht von Definition, über die Kontrolle von Zugang und Ausgrenzung sowie über sexuelle, ökonomische und kulturelle Ausbeutung aufrechterhalten.

Radikale Frauenpolitik

- radikale Frauenpolitik darf daher keine Kompromisse machen
- radikale Frauenpolitik legt es sich frontal mit patriarchalen Männern an. Sie verfolgt keine Politik der Gleichstellung mit Männern nach deren Maßstab, sondern der Selbstbestimmung

von Frauen und der anschließenden Gleichbewertung der Geschlechter in ihren Unterschiedlichkeiten,

- radikale Frauenpolitik muß sich vom männlichen Denk- und Handlungsmodell distanzieren und Raum schaffen für den Einsatz der Ideen, Interessen und Handlungsweisen von Frauen, wenn sie denn herausgelöst sind aus der Funktionalisierung im patriarchalen, männerstützenden Kontext,
- radikale Frauenpolitik muß ein grundlegendes Konzept zur Veränderung der männlichen Strukturen entwickeln und voranbringen, denn ohne solche Veränderung, die durchaus im weiblichen Einflußbereich läge, kann die ständige Reproduktion des traditionellen Patriarchats nicht gestoppt werden!

4. Was muß geschehen?

Der Rückblick auf über 20 Jahre Frauenbewegung als Geschichte ihrer Institutionalisierung, ihrer Vereinnahmung und Ruhigstellung zeigt, daß heute allem voran eine drastische Radikalisierung, offensive Handlungsstrategien und unverschämte Forderungen angesagt sind. Die An- und Einpassung muß im Grunde gänzlich verweigert werden. Kein Mitspielen mehr im Befriedungskarussell, keine bescheidene Zurückhaltung mehr, der es angeblich um Gerechtigkeit geht, in Wahrheit aber Unterdrückung perpetuiert. Z.B. die Frage der Quotierung: im Grunde braucht unsere Gesellschaft weder 1/3, noch die Hälfte von Frauen in Politik, Wirtschaft und Institutionen. Zur Umwertung der gültigen patriarchalen Werte, Normen, Verhaltensweisen und Organisations- sowie Arbeitsstrukturen müssen Frauen (zeitweise) über die **gesamte** Bestimmungsmacht in der Gesellschaft verfügen! Welche findet diese Forderung überzogen? Welche möchte Männern doch wenigstens einige Positionen belassen? Diese ist Opfer der Domestizierung und der psychischen Strategien männlicher Herrschaftssicherung. Wir müssen wirkungsvolle Formen zur Durchsetzung unserer Forderungen, zur Öffnung der Schubladen, in denen unsere Analysen und Handlungsvorschläge

verschwinden, finden, wir müssen über Sanktionierung, Zwangsmaßnahmen und Kontrolle nachdenken. Sicher - das liegt Frauen nicht: Im anerzogenen weiblichen Sozialcharakter kommen konsequente Mechanismen des Selbstschutzes, des Widerstandes und der Einflußsicherung nicht vor. Frauen reagieren eher moralistisch und wollen Gerechtigkeit auch für Männer. Aber für welche Männer? Männer, die Frauen nicht für ihre Interessen funktionalisieren gibt es wenige. Als Massenphänomen müssen Frauen sie erst herstellen und das bedeutet, - langfristig geplant - in der Jungenerziehung neue Maßstäbe zu setzen, die eine antipatriarchale Identität verfolgen und sich an den Maximen bisher als weiblicher Erziehung orientiert: Emotionalität, Verantwortung, Einfühlung, soziales Verhalten. Frauen dürfen nicht zurückschrecken vor utopischen Forderungen und vor Verweigerung. **Bündelung von Frauenpower, von Kompetenz, Macht und Moneten ist angesagt!** Das zur Zeit Unmögliche zu fordern, ist gerade richtig. Und: Solidarität ist unverzichtbar, denn nur gemeinsam sind wir unausstehlich!

Sicher:

- wir brauchen Macht, Geld, Kompetenz, Personal
- wir brauchen Referate - keine Büros, wir brauchen Gesetze - keine Empfehlungen, wir brauchen Selbstbestimmung statt Mitwirkung, brauchen Entscheidungskompetenz und Bestimmungsmacht statt Rederecht und Beteiligung. Wir müssen umdenken und den Mut haben, die Schiene der Anpassung und Kompromisse konsequent zu verlassen, sonst werden wir noch weitere 2000 Jahre bloß von einer weiblichen Zukunft träumen!

Anmerkungen

1. vgl.: "Frauenprojekte - Antworten auf die Männerwelt", in SZ 8.7.91
2. vgl. in: Kofra 57/92 Zeitschrift für Feminismus und Arbeit des gleichnamigen Projektes in München
3. Heide Pfarr: "Wenn es um Frauenpolitik geht, klappt der Männerbund in der Politik prima", in: Frankfurter Rundschau 27.8.94, S.14

4. Rita Süßmuth in: "Frauen im Job benachteiligt", Beilage der Süddeutschen Zeitung mit dem Schwerpunkt "Frauen" vom 7.10.94, S.II.

5. Lyn M. Brown, Carol Gilligan: "Die verlorene Stimme - Wendepunkte in der Entwicklung von Mädchen und Frauen", Frankfurt 1994

6. vgl. u.a.: Claudia Heyne: "Täterinnen. Offene und versteckte Aggressionen von Frauen", Zürich 1993

Vortrag gehalten auf der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am 26.9.1994 in Bremerhaven

Starnberger Frauenbeauftragte entpuppt sich als Antifeministin

Ulrike Gerhart

Da darf sich die Männerwelt freuen, wenn die Frauenbeauftragte persönlich einem Frauenprojekt das Wasser abgräbt sprich: den Geldhahn zudreht. So geschehen in Starnberg: Der Starnberger Verein "Frauen helfen Frauen" ist seit Jahren die Anlaufstelle für Mädchen und Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen sind. Körperlich und seelisch mißhandelte Frauen, sexuell mißbrauchte Mädchen und Frauen, Selbstmordgefährdete sowie Frauen in Trennungs- und Scheidungssituationen wenden sich an den Verein und erfahren dort parteiliche, frauenzentrierte Beratung und Unterstützung. Darüber hinaus leistet "Frauen helfen Frauen" eine Menge Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, organisiert feministische Selbstverteidigungskurse und engagiert sich in mehreren institutionenübergreifenden Arbeitskreisen. Dies wohlgemerkt - wie so oft - mit hauptsächlich ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen; nur eine einzige Mitarbeiterin ist hauptamtlich beim Verein beschäftigt - und dies auch nur mit einer halben Stelle.

Starnberg hat, wie mittlerweile fast alle Städte bzw. Landkreise, eine Frauenbeauftragte. Auf einen Antrag der SPD hin wurde vor sieben Jahren vom Landrat Frau Rosa Schaffrath - so nach ihren eigenen Angaben - zur Frauenbeauftragten vorgeschlagen und schließlich ernannt - nicht etwa weil

sie besondere Vorkenntnisse hatte oder etwa frauenpolitisches Bewußtsein und Engagement zeigte, nein, sondern ganz einfach, weil sie zu diesem Zeitpunkt die ranghöchste Frau im Landratsamt war. Nun wäre es denkbar, daß sich Frau Schaffrath in den sieben Jahren ihrer Tätigkeit als Frauenbeauftragte das erforderliche frauenpolitische Bewußtsein erworben hätte; das Gegenteil ist leider der Fall. Der Verein "Frauen helfen Frauen" hatte dieses Jahr einen Antrag auf öffentliche Gelder gestellt - es geht um schlappe 12.000 DM, die für die Gewährleistung der weiteren Arbeit des Vereins zwingend notwendig sind. Anstatt den Antrag des Vereins zu befürworten und zu unterstützen, und damit im Sinne der rat- und hilfeschuchenden Frauen zu handeln, lehnte die Frauenbeauftragte den Antrag des Vereins im Kreisausschuß ab. Ihrer Meinung nach sei der Verein "Frauen helfen Frauen" nicht zwingend notwendig, im Landkreis gäbe es ohnehin genügend Anlaufstellen für Frauen in Not (das einzige Frauenhaus mit Notruf im gesamten Landkreis befindet sich 80km von Starnberg entfernt) und schließlich, so Frau Schaffrath am 13.9.94 im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung, können "(...) Frauen, die Probleme mit sexuellem Mißbrauch haben, (...) sich auch ans Gesundheitsamt oder die Frauenbeauftragte der Polizei wenden." Im selben Gespräch behauptet Frau Schaffrath auch "Ich befürworte nur das, was machbar ist und was auch im Sinne aller Frauen im Landkreis ist, und nicht nur für die Frauen, die den Verein in Anspruch nehmen." Dürfen wir dies so verstehen, daß die Frauenbeauftragte den Verein "Frauen helfen Frauen" erst dann für zwingend notwendig erachtet, wenn **alle** Frauen des Starnberger Landkreises unmittelbare Opfer von (sexueller) Gewalt werden? Tatsache ist, daß in der BRD ca. alle 5 Minuten eine Frau vergewaltigt wird und jährlich in etwa 300.000 Kinder (in erster Linie Mädchen) sexuell mißbraucht werden; der Landkreis Starnberg dürfte hier kaum eine Ausnahme bilden, ganz im Gegenteil: Überall dort, wo Öffentlichkeitsaufklärungs- und Präventionsarbeit sowie konkrete Hilfestellung als nicht zwingend erforderlich beurteilt wird, ist davon auszugehen, daß die

Täter in noch größerem Ausmaß ungestört und unbehelligt wüten können.

Natürlich wird auch in Starnberg wie anderswo die Ablehnung des Antrages u.a. mit der angespannten Haushaltslage begründet. Daß die Sparmaßnahmen aber gerade ein feministisches Projekt, welches noch dazu zum Bereich der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeitet, ist freilich nicht als unglücklicher Zufall zu bewerten. Schließlich wissen wir ja, daß gerade die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit zu den rabiatesten Mitteln zur Aufrechterhaltung der patriarchalen Herrschaftsform zu zählen ist. Daß eine Frauenbeauftragte sich dabei zur Komplizin der (potentiellen) Täter macht, ist leider kein Einzelfall. Im Zuge des grassierenden Antifeminismus' sind es oftmals Frauen, die meinen, sich über Frauenfeindlichkeit in die Männerseilschaften hineindienern zu können. Für Politiker, Täter und andere Männer ist das sicherlich die "elegante" Lösung; sie müssen sich so als schmunzelnde Zaungäste die Finger nicht mehr allzu schmutzig machen. Selbstverständlich soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, daß die derzeit rund 1.300 Frauengleichstellungsstellen in der BRD allesamt mit Antifeministinnen besetzt seien und der Männerwirtschaft- und herrschaft in die Hände spielen. Dennoch wird am Starnberger Exempel klar, wie kritisch und mit welcher Skepsis institutionalisierte und von oben angeordnete "Frauenpolitik" zu beurteilen ist. Allein die verordnete Bestellung einer Frauenbeauftragten kann Frauen unter Umständen mehr Schaden als Nutzen bringen.

Die frauenfeindliche Gesinnung und die Unqualifiziertheit von Frau Schaffrath wird übrigens auch an einem anderen Beispiel sehr deutlich: befragt zum neuen Bundesgesetz zum Schutz vor sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz äußerte sie am 2.9.94 im Münchner Merkur, sie halte dieses Gesetz für überflüssig, denn schließlich sei im Landkreis Starnberg in sechs Jahren nur ein einziger Fall bekannt geworden, wo eine Frau diesbezüglich um Unterstützung bat. Sie appellierte an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, "die Kirche im Dorf zu lassen, und nicht gleich bei

jedem Flirt die Alarmglocken zu läuten." Wenn Frau Schaffrath der Unterschied zwischen einerseits einem Flirt, welcher auf dem gegenseitigen Einverständnis der beiden Beteiligten beruht, und andererseits sexueller Belästigung/Gewalt, nicht klar ist, dann ist es höchste Zeit, sie aus diesem Amt zu entfernen, oder aber zur Vermeidung von Mißverständnissen dieses Amt klar zu benennen, nämlich "Beauftragte zur Wahrung und Durchsetzung von Männerinteressen".

Frauen, die den Verein Frauen helfen Frauen mit Protestschreiben unterstützen möchten, können sich direkt an den Verein wenden unter folgender Anschrift: Frauen helfen Frauen e.V. Starnberg, Postfach, 82209 Herrsching

Zusammenschlüsse Resolution

**Hauptsache, die Kasse klingelt!
Menschenrechtsverletzungen an
tibetischen und chinesischen
Frauen kein Thema
Monika Gerstendörfer**

Kritische wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland - stop - Menschenrechtsverletzungen außen vor - stop - Folterung chinesischer Dissidenten kein Thema - stop - Menschenrechte von Wirtschaftshilfe im Fall China ausnahmsweise entkoppelt - stop - Menschenrechtsverletzungen an tibetischen und chinesischen Frauen kein Thema - STOP!

Es geschieht im Juli 1994. Es geschieht im wiedervereinten Deutschland, fünf Jahre nach dem Pekinger Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Li Peng, einer der Hauptverantwortlichen für das Gemetzel, besucht den Standort Deutschland, um Standpunkte zu sondieren: Werden die Demokraten in Deutschland für das Schlachtfest gegen die chinesischen De-

mokraten eine Verjährungsfrist einräumen? Sie werden. Fünf Jahre scheinen genug dafür: Die deutsche Regierung will Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaft ankurbeln und außerdem noch einen Platz im UN-Sicherheitsrat. Deutschland braucht China und China braucht Deutschland; aus ganz ähnlichen Gründen.

Li Peng kam, lächelte und siegte. Der Werteverfall bei den politisch Verantwortlichen in Deutschland war schon da, manifestierte sich aber noch, und die Wirtschaft profitierte.

Was die "Demokraten" hierzulande mit den MenschenrechtlerInnen vorhatten, stand fest: Kandarre, Maulkorb, Polizei. Staatsmachtgehabe also, mit Demokratie kaum vereinbar.

Was die Medien tun und lassen würden stand auch fest. Sie würden die Entkoppelung der Menschenrechtsfrage von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kritisieren, über die Ereignisse berichten und immer wieder auf die politischen Gefangenen aufmerksam machen, denn in China sind Gesetzgebung, Rechtsprechung und die Situation in Gefängnissen und Arbeitslagern durch pure Menschenverachtung gekennzeichnet. Die Vielfalt schlimmster Foltermethoden stellt selbst das dunkelste Mittelalter in den Schatten. In dieser Hinsicht - gut nachzulesen bei Kate Millett im "Versuch über die Folter" - ist China auf modernstem Stand, denn eine der Erfindungen des 20. Jahrhunderts ist die staatliche Erlaubnis an willkürlich agierende Folterer, selbst- und andersdenkenden BürgerInnen die größtmögliche Angst vor der Allmächtigkeit des Staates beizubringen; eine totale Inbesitznahme des Einzelnen durch unwiderstehliche Gewalt, durch Folter als "medizinisches Spezialgebiet" des Staates.

L'homme c'est rien, l'état c'est quoi?

Der herbeigefolterte Selbstverrat des Individuums ist aber auch ein Selbstverrat des Staates, denn "das Produkt der Folter sind Lügen", wie Millett richtig sagt. Aber was, so muß gefragt werden, ist dann das Produkt einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland?

Und Tibet?

Was ist mit Tibet, einem Land, das seit mehr als 40

Jahren ungestraft und illegal von der VR China besetzt gehalten wird? Ein Land, dessen Ökologie durch Raubbau an der Natur systematisch zerstört wird, dessen gesamte Kultur durch eine unglaublich brutale Unterdrückung ausgeradiert werden soll.

Tibet. Das ist aber auch die Heimat der Tibeter; bei uns medial verdichtet in der Person des Dalai Lama, der durch die Welt reist und abwechselnd ein- und ausgeladen wird. Der Dalai Lama, ein personifiziertes Peinlichkeitssymbol für westliche Politmanager, deren Wille zur Demokratie nur noch von der Unverbindlichkeit ihrer Aussagen in puncto Menschenrechte übertroffen wird.

Und Übereinkommen auf UN-Ebene?

Hatte China nicht 1979 das "*Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau*" unterzeichnet? Ah! **Die Frauen!** Dissidentinnen, Kämpferinnen, Gefolterte, Zwangssterilisierte, Zwangsarbeiterinnen, Zwangsverheiratete, Verfolgte, Verkaufte, Verratene - und (nicht nur, aber auch) von den Medien **Vergessene!**

Menschenrechtsverletzungen an tibetischen und chinesischen Frauen sind so etwas wie "Multiplikationen": "Übliche" Verletzungen x Auswirkungen der staatlich verordneten Ein-Kind-Bevölkerungspolitik x Parameter der sexistischen Gewalt.

Für Frauen in Zwangsarbeitslagern gibt es beispielsweise keinerlei Mutterschutzregelungen.

Auch sind sie den sexuellen Gewaltakten des überwiegend männlichen Wachpersonals vollkommen schutzlos ausgesetzt.

Aber schon allein die staatlich verordnete Ein-Kind-Familie verletzt die Menschenwürde der Frauen und der weiblichen Kinder auf eine Art und Weise, die das Patriarchat *en totale* und beispiellos vorführt: Über erwerbstätige Frauen wird bei ihrer Arbeitseinheit ein Menstruationskalender geführt. Selbst das Recht auf die Zeugung eines Kindes muß beantragt werden. Im Fall einer Zusage muß ein weiterer Antrag gestellt werden; diesmal bei der Gemeinde, die eine sogenannte Planziffer vergibt. Im Fall einer Absage, wenn also die jährliche Geburtenquote erschöpft ist, darf nicht gezeugt werden. Ist dies aber bereits gesche-

hen, dann wird eine solch "widerrechtliche Schwangerschaft" zwangsweise abgebrochen.

Frauen, die ein zweites Kind bekommen, verlieren das Recht auf Lohnfortzahlung während des Mutterschutzes und müssen alle anfallenden medizinischen Kosten plus der nachfolgenden Ausbildungskosten des Kindes selbst tragen.

Ab dem dritten Kind müssen die Eltern Strafe bezahlen; 10 Prozent ihres Lohnes werden bis zum 16-ten Lebensjahr des Kindes einbehalten. Die Kinder selbst gelten als "illegal", werden nicht registriert, bekommen keine Ausweispapiere und werden in die Zuteilung der Mindestmenge für Lebensmittel nicht miteingerechnet; "nobody's"! Ein "interessanter" Aspekt für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China ist die Tatsache, daß Unternehmen grundsätzlich männliche Arbeitskräfte bevorzugen. Sie wollen international konkurrenzfähig bleiben und soziale Einrichtungen - wie z.B. Kindergärten - belasten da "unnötig". Frauen arbeiten dann dort, wo es wenig zu verdienen gibt, wo Sozialleistungen niedriger sind und keine gesetzlichen Mindeststandards bestehen - wie Rente, Mutterschaftsurlaub und Lohnfortzahlungen. Berichten zufolge bekommen immer weniger Frauen die ihnen zustehenden Lohnzahlungen vor oder nach der Geburt. In manchen Betrieben werden sie bei Antritt des Mutterschaftsurlaubs kurz und bündig entlassen.

Die Auswirkungen im privaten Bereich sind noch krasser. Wenn die Frauen nämlich nur ein Kind bekommen dürfen, dann soll es wenigstens ein Junge sein! Mädchen sind ja "nutzlos und teuer"; insbesondere, wenn man auf dem Land lebt. Das Patriarchat zeigt wieder seine Konsistenz: Wie überall auf der Welt, so lassen auch hier die Männer ihre Wut über solcherlei Zwangsmaßnahmen an den Frauen aus. Prügel und andere Grausamkeiten. Wer nur Mädchen bekommt, wird nicht selten vom Ehemann verstoßen. Gewaltakte an Mädchen, "freiwillige" Abtreibung weiblicher Feten, Kindsaussetzungen, schwerste Verletzungen und Tötung von weiblichen Neugeborenen sind weitere Unsäglichkeiten auf der langen Liste der Menschenrechtsverletzungen. Wie katastrophal die Situation für weibliche Menschen in

China ist, verdeutlicht der Inhalt eines Artikels des chinesischen Gesetzes "zum Schutz von Frauen und deren Interessen" von 1992:

"Das Töten, Aussetzen und grausame Verletzen von weiblichen Säuglingen ist verboten. Diskriminierung und Mißhandlung von Frauen, die Mädchen geboren haben, ist verboten." (Dossier von Germanwatch, NRO-Frauenforum und TdF, S.12)

Und Tibet?

Für die Situation der Tibeterinnen muß man einen weiteren Multiplikator einführen, nämlich die Unterwerfung Tibets. Das Ergebnis ist "Genozid" durch "Femizid". Die chinesische "Bevölkerungspolitik" wird hier mit offener Gewalt angewendet.

Sogenannte Geburtenkontrollteams ziehen durchs Land. Sie sind auf Quotenjagd. Frauen, die sich verstecken, werden bestraft, indem ihre Schwägerinnen und Cousinen in Lastwagen abgeholt werden, um sie dort - sollten sie schwanger sein - einer Zwangsabtreibung zu unterziehen. "Mobile Ambulanzen" stehen dafür zur Verfügung. Die Mehrzahl der Frauen wird, wie man im zitierten Dossier nachlesen kann, nach der erzwungenen Abtreibung gleich zwangssterilisiert; auch im Fall von Erstschwangerschaften und bis zum neunten Monat. Den fertig entwickelten Säuglingen wird eine Spritze in den Kopf injiziert, die sie sofort tötet. Eva Saalfrank zitiert dazu, die Schwägerin des Dalai Lama, Frau Rinchen Khando: "(...) die Täler ihres Mutterlandes hallten wider von den Schreien dieser gequälten Frauen und Mädchen..." (TDF-Rundbrief 1/93, S.42)

Neben dieser Form der demographischen Endlösung praktiziert die chinesische Regierung auch ihre anderen Formen des Terrors. Da es insbesondere immer wieder die Tibeterinnen (unter ihnen wiederum besonders die Nonnen) sind, die sich gegen die chinesische Terrorherrschaft wehren, sind sie es auch, die besonders krassen Formen der Gewalt ausgesetzt werden. Die chinesische Antwort auf die mutigen Proteste der Frauen hieß und heißt:

Hinrichtungen, Zwangsarbeit, Gefängnis und Folter, "Verhöre" und brutale Vergewaltigung

gen, Mißhandlungen der Geschlechtsteile mit elektrischen Viehtreiberstäben, das Hetzen hungriger Hunde auf wehrlose, nackte Frauen und und und. Auch wenn Tibet und seine rechtmäßigen BewohnerInnen durch feige und teilnahmslose Politik der übrigen Welt schutzlos dem chinesischen Regime ausgesetzt sind, **so haben sie doch nie resigniert**. Es gibt eine Exilregierung; die meisten TibeterInnen leben in Indien, viele auch in der Schweiz. Durch gezielte Aus- und Fortbildung der jungen Generationen versuchen sie, ihre Kultur zu retten. Sie haben Organisationen und Schulnetze gebildet und bemühen sich insbesondere um die gleichwertige Ausbildung von Mädchen und Jungen.

Die Tibeterinnen wehren sich! Sie wehren sich auch jetzt, wo doch die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking tagen will, und wo es gerade für sie besonders gefährlich ist; wenn sie denn überhaupt teilnehmen können.

Und wir?

Das Mindeste, was wir Frauen hier tun können und sollten, ist: Laut und deutlich sprechen. Die Frauen in China und vor allem in Tibet brauchen unsere Solidarität. Es kann nicht sein, daß wir schweigend die Politik unseres Landes und die Auslassungen unserer männlich dominierten Medien hinnehmen.

“**Die Angst des Individuums vor dem Staat ist ein modernes Phänomen**”, schreibt Kate Millett in ihrem Buch ‘Entmenschlicht - Versuch über die Folter’, und sie führt aus:

“Eine Literatur ist entstanden, deren Gegenstand dieser Aspekt des 20. Jahrhunderts ist. (...) Ihre beiden großen Themen sind Macht und Angst: die physische Gewalt des Staates, in den Dienst seiner zum Dogma erhobenen Ideologie gestellt, und der Angriff, den dies auf den Bürger und den einzelnen Menschen darstellt. (...) Benommen und in einer labyrinthischen Angst gefangen, beobachtet der Einzelne, wie die offizielle Autorität - nicht die vertraute Gemeinschaft oder organisierte Gesellschaft, sondern ein neugeschaffenes System, das nur sich selbst verantwortlich und seinem eigenen Fortbestand und Machterhalt verpflichtet ist - die Realität definiert und kodifiziert. (...) Die Opfer halten den Atem an, während sie

(die Autorität des Staates) ein Netz von geistigen Strukturen, Mythologien, Ritualen schafft.” (S. 68, a.a.O.)

Die Angst der Frauen vor der Gewaltbereitschaft der Männer und den von ihnen geschaffenen Systemen ist ein altes Phänomen. Aber wir werden aufhören, den Atem anzuhalten!

Vermögensbildung in Frauen- und Lesben-Hand: Vom privatistischen Vermögensmodell zum Solidarmodell !?

Lising Pagenstecher

Immer stärker bekommen Frauen- und Lesbenprojekte die Verknappung der öffentlichen Finanzmittel zu spüren, z. T. hat es sie bereits die Existenz gekostet, trotz unentwegter ‘Ehren- (=Gratis) arbeit’. Nicht daß die Verknappung automatisch durchschlagen müßte, es ist ja auch eine Frage der politischen Prioritätensetzung, und manch heiliger und kostspieliger Stier (um nicht immer die arme Kuh zu bemühen) könnte hier noch auf Diät gesetzt werden wie z.B. die überhitzten Gagen im repräsentativen und international kompetitiven Kulturbetrieb.

Nun hat bekanntlich jede Münze zwei Seiten, und ich möchte heute die andere, also nicht die klagende, sondern die konstruktive Seite der Medaille beleuchten und fragen, wie Lesben- und sonstige Frauenprojekte sich inmitten der allgemeinen und individuellen Finanzkrise, aber auch darüber hinaus, d.h. prinzipiell finanziell stärker stabilisieren könnten?

Ich will mit einem ganz persönlichen Beispiel beginnen, um dann dessen allgemeinere Bedeutung herauszustellen, und will anschließend erste Gedanken für eine Konzeption zur Diskussion stellen.

Wenn ich mir früher (so mit 40/50) mal Gedanken über ein Testament gemacht habe, etwa anlässlich einer bevorstehenden Flugreise, oder wenn ich bei der Anlage von Geld eine Vollmacht ‘für den Fall des Todes’ ausgestellt habe, so kamen mir als Erbinnen (und Erben) einige frühere und

die gegenwärtige "Lebens(abschnitts)gefährtin" in den Sinn und - ich habe selber leider keine Kinder - meine Patenkinder. Meine Geschwister sind entweder fast gleich alt oder älter, so daß ich sie in dem zu schreibenden (!) Testament nur symbolisch bedenken werde.

Meine Phantasien waren also - trotz soliden feministischen Bewußtseins - rein privater Natur. Als Mieterin hat es mich schon lange geärgert, daß ich - wie viele andere Frauen auch - so viel Geld für die Miete bezahle, zumal in der Großstadt, und daß es andererseits ungeheuer teuer ist, eine Wohnung oder gar ein Haus zu kaufen. Aber selbst wenn ich das Geld dazu gehabt hätte, hätte ich vermutlich keine Wohnung gekauft, weil ich immer dachte, warum soll ich mich für meine künftigen Erben so viele Jahre krummlegen, und brauchen sie die Wohnung oder den Erlös daraus dann wirklich so dringend?

Inzwischen denke ich ganz anders über diese Fragen. Heute würde ich mir eher eine Wohnung kaufen, vorausgesetzt, die Einschränkungen wären nicht zu groß und heute werde ich auch ein anderes Testament machen. Denn für mich steht jetzt fest, daß ich einen Teil dessen, was ich an Geld und Besitz hinterlassen werde (vielleicht ein Viertel, vielleicht die Hälfte) ein oder zwei Lesben/Frauen-Projekten vererbe. D.h. ich habe meine frühere, rein private Vorstellung und Planung ergänzt um ein Solidarelement.

Nun ist es sicher schön, wenn ein oder zwei Projekte von mir etwas erben (um keine Illusionen aufkommen zu lassen, ich bin keine Millionärin!), aber dies ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Deswegen möchte ich für die Idee werben, daß wir frauen- und lesbenbewegten Frauen uns alle Gedanken machen über Möglichkeiten der Vermögensbildung in Lesben- und anderer Frauen-Hand, und daß wir diese Gedanken baldmöglichst in die Tat umsetzen.

Ich finde die Vermögensbildung in Lesben-/Frauenhand nicht nur in ökonomischen Notzeiten wichtig, und zwar wichtig zum Überleben, sondern zu jeder Zeit. Denn ich meine, wir sollten uns etwas unabhängiger machen von öffentlichen Zuschüssen und den damit verbundenen inhalt-

lichen Auflagen und von finanziellen Krisenzeiten. Und wir sollten uns überlegen, inwieweit wir dem üblichen Kapitalmarkt, der mit unseren Ersparnissen ja durchaus nicht immer in unserem politischen Interesse umgeht, unser Geld zur Verfügung stellen. Manche von uns sparen ja auch schon bei der Ökobank oder anderen alternativen Institutionen, aber keine von diesen ist, soweit ich informiert bin, frauenbezogen.

Wir könnten, wenn wir gezielter mit unserem selbst wenigen Geld umgehen, längerfristig z.B. eigene Vereins-, Ferien- und Wohnhäuser haben, sozial angelegtes Vermögen, selbstbestimmte Forschungseinrichtungen etc. etc.

Nun ist nicht nur das Testament eine Möglichkeit, vorhandene Frauenprojekte zu unterstützen und neue ins Leben zu rufen. Es wäre ja auch etwas makaber, wenn die jüngeren Frauen im Stillen ungeduldig auf das Ableben der älteren warten würden... Nein, ich denke, es gibt viele Möglichkeiten, sich in ein Solidarmodell einzuklinken, auch als jüngere Frau, und auch als arbeitslose oder jobbende Frau, wenn uns dies ein echtes Anliegen ist oder, um es weniger moralisch auszudrücken, wenn die Notwendigkeit und die Vorzüge der Vermögensbildung in Frauen-/Lesbenhand für Frauen einsichtig sind.

Viele Alltagssituationen könnten Anlaß für eine - zumindest kleine - Solidarabgabe sein, und wenn es 5 Mark sind, z.B. der günstige Verkauf eines Kleidungsstücks in einem Secondhand-Laden, der Verkauf eines alten Schrankes, Fahrrads, Autos usw., eine Steuerrückzahlung, ein neuer Job, eine Beförderung, das Freiwerden von angelegtem Geld, ein Sechser im Lotto, eine kleine oder auch eine große Erbschaft und so weiter und so weiter. Ich finde manchmal auch Geld auf der Straße und sammle das in einem Glas für einen besonderen Anlaß...

Meine Idee ist also, daß wir über unser punktuelles Spendenverhalten hinauskommen und uns an einer systematischen Bildung von Vermögen in Lesben-/Frauenhand beteiligen. Manche mögen einwenden, daß ihre Spenden und Beiträge schon so beträchtlich sind, daß sie sich von weiteren Engagements finanziell überfordert fühlen. Das

kann ich gut nachfühlen. Aber mich hat die Idee eines Solidarmodells eben auf neue, über die Spenden hinausgehenden Einfälle gebracht wie z.B. den mit der Eigentumswohnung oder dem Testament oder als ganz kleines Beispiel das Glas mit dem gefundenen Geld.

Vielleicht wird die erste Generation, die sich an einem solchen Modell beteiligt, davon selber noch nicht so viel haben. Besser wäre es, wenn auch sie schon etwas davon hätte. Und vielleicht ist das nur eine Frage der sozial schöpferischen Phantasie. Ich könnte mir z.B. vorstellen, daß es solidarische Gegenleistungen gäbe, daß z.B. die jüngere Generation, der die ältere Generation etwas an Geld und/oder sonstigem Besitz hinterläßt, sich um diese ältere Generation auch etwas kümmert, wenn diese nicht mehr so aktiv sein kann und seelische oder tatkräftige Hilfe braucht. Ich denke da nicht gleich an die tägliche Betreuung einer Pflegebedürftigen. Es könnte ja auch darum gehen, einmal in der Woche für eine Gehbehinderte einzukaufen oder einer Sehbehinderten vorzulesen. Die Gegenseitigkeit sollte nach meiner Vorstellung jedenfalls eine tragende Säule dieses "Unternehmens" sein, denn es sollte sich keine Frau bei diesem Projekt ausgenutzt fühlen. Vielleicht könnten die vielen älteren und alten Frauen, besonders die Alleinstehenden, auch stärker an den Projekten der jüngeren Frauen partizipieren, sicher gäbe es viele Möglichkeiten der mithelfenden Unterstützung.

Meine Vorstellung ist, daß wir spezifische und damit wahrscheinlich höchst unterschiedliche kommunale (evtl. auch regionale) Modelle entwickeln, daß einzelne Projekte damit beginnen, Gedanken über eine Konzeption zu entwickeln, und dann vielleicht anderen Frauen-/Lesben-Projekte der Stadt und diverse Expertinnen zu einer Diskussion einladen. Denn meine Idee ist, daß dies kein projektgoistisches Unternehmen werden sollte, sondern eines, an dem sich längerfristig alle frauenbewußten oder sogar überhaupt alle Frauen beteiligen könnten und können.

D.h., meine Hoffnung ist, daß wir längerfristig auch Frauen für diese Idee gewinnen können, die der Frauen- und Lesbenbewegung fern stehen.

Denn: gäbe es fundierte, plausible und praktikable Modelle, die es Frauen erlaubten, sich - je nach finanzieller Möglichkeit - an einer langfristigen Vermögensbildung in Lesben-/Frauenhand zu beteiligen und auch von ihr zu profitieren, so wären vermutlich viele Frauen dafür zu gewinnen. Und so könnten Frauen - wie ich denke - einiges mehr an finanzieller, inhaltlicher und gesellschaftlicher Macht erlangen.

Wie ein evtl. Vermögen im einzelnen verteilt, angelegt, seine Verausgabung und seine Verwalterinnen kontrolliert werden können, wie es an die nächste Generation weitergegeben werden kann, all dies sind Fragen, die Gegenstand einer zu entwickelnden Konzeption sein müssen. Zunächst aber sollten wir diesen Vorschlag einmal breiter diskutieren.

Ich bin bereit, mich an der Diskussion und an der Entwicklung konzeptioneller Ideen zu beteiligen und stelle mich gerne als Anlauf- und Verteilungsstelle für weitere Vorschläge und konkrete Modelle (z.B. aus dem Ausland?) zur Verfügung. Ich freue mich auf viele Zuschriften!

Adresse: Dr. Lising **Pagenstecher**, Südliche Auffahrtsallee 58, 80639 München

**ABM-Stelle für eine
"Informationsstelle gleichgeschlechtlicher Lebensweisen"
nicht bewilligt**

Im Juni '94 hat "Frauen lernen und forschen gemeinsam e.V." beim Arbeitsamt Wuppertal eine ABM-Stelle beantragt, die zur Aufgabe haben soll eine "Informationsstelle gleichgeschlechtliche Lebensweisen" (unter besonderer Berücksichtigung lesbischer Frauen) aufzubauen. Die Ziele dieser Stelle sollen darin bestehen, die gesellschaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zu fördern und Strategien zum Abbau von Diskriminierung zu entwickeln. Dies soll geschehen durch die Durchführung von Vortragsreihen und Informationsveranstaltungen, Erstellung einer Informationsbroschüre, Erarbeitung von Lesemappen und nicht zuletzt durch

Anregung und Förderung von Bildungs- und Aufklärungsarbeit im pädagogischen Bereich, um nur einige Dinge zu nennen.

Dieser Antrag wurde im August abgelehnt mit der Begründung, es fehle das öffentliche Interesse, das bekanntlich nur gegeben ist "...wenn das Ergebnis der Maßnahme der Allgemeinheit dient und der Nutzen des Maßnahmeergebnisses für die Allgemeinheit offensichtlich gegeben ist." Stattdessen diene das Ergebnis der vorgeschlagenen Maßnahme "lediglich einem dauerhaft kleinen Personenkreis."

Diese Argumentation ist jedoch angesichts der üblichen ABM-Vergabepraxis nicht besonders stichhaltig. So gibt es doch gerade viele ABM-Stellen, die sich mit ihrer Arbeit an sog. Minderheiten (d.h. "andauernd kleine Personenkreise") richten wie z.B. ABM-Projekte für Behinderte, chronisch Kranke, ausländische Jugendliche etc. Außerdem soll es jedoch nicht nur die Aufgabe der geplanten ABM sein, den Personenkreis der Lesben und Schwulen zu informieren. Es geht uns mit der geplanten ABM vor allem auch um Information und Aufklärung in der Bevölkerung insgesamt, d.h. um den Abbau von Vorurteilen und die Förderung von Akzeptanz alternativer Lebensformen. Wie wichtig diese Arbeit ist, zeigt nicht zuletzt die Entscheidung des Arbeitsamtes.

Vor diesem Hintergrund und der recht abenteuerlichen Begründung werten wir die Ablehnung unseres ABM-Antrags als ein Politikum und eine in der heutigen Zeit kaum faßbare offene Diskriminierung lesbischer und schwuler Lebensweisen. Wir haben gegen diese Entscheidung des Arbeitsamtes Widerspruch eingelegt und erwarten, daß unser Widerspruch in der nächsten Ausschusssitzung besprochen wird. Das Arbeitsamt Wuppertal hat in seiner ausführlichen schriftlichen Begründung der Ablehnung bezweifelt, daß die Diskriminierung von Lesben und Schwulen "in der hiesigen Region zu erkennbaren Problemen geführt hat." Dementsprechend wäre es wichtig, die Herren des Ausschusses von der Relevanz dieses Problems zu überzeugen, indem zahlreiche andere Projekte, Institutionen oder auch Einzelfrauen den Bedarf einer solchen Informationsstelle

deutlich machen. Deshalb bitten wir Euch dringend in Euren Mitteilungen zum Schreiben von Protestbriefen aufzurufen und auch ein eigenes Schreiben zu verfassen.

Die Adresse lautet: Arbeitsamt Wuppertal, Der Direktor, Hünefeldstr. 3-17, 42271 Wuppertal. Weitere Informationen bei: Frauen lernen und forschen gemeinsam e.V., Gathe 6, Wuppertal.

Yellow Gate Greenham Common

Seit 13 Jahren leben nun schon FrauenLesben am Main Gate des Luftwaffenstützpunktes Greenham Common (England) und leisten dort aktiven Widerstand gegen das Militär.

Die Geschichte des Camps beginnt im August 1981, als 38 FrauenLesben von Cadiff in Wales zum Luftwaffenstützpunkt Greenham Common marschieren, um gegen die dortige Stationierung von Cruise Missiles zu protestieren. Als sie in Greenham ankommen (5. Sept. 1981), gehen sie nicht nach kurzer Kundgebung nach Hause. Nein, sie zünden auch keine Kerze an und schweigen für Frieden und Gerechtigkeit. Diese FrauenLesben sind fest entschlossen aktiv Widerstand gegen Militär und die bevorstehende Stationierung der Cruise Missiles zu leisten. Sie ketten sich an das Haupttor und kehren auch, nachdem sie losgesagt worden sind, nicht nach Hause zurück. Sie schlagen vor dem Haupttor ein Camp auf und beschließen 4 Monate später, diesen Ort erst dann zu verlassen, wenn sie die Stationierung der Cruises verhindert oder, falls dies nicht gelingt, deren Abzug erreicht haben. Kurze Zeit später erklären sie Greenham Common ausdrücklich zum "women-only"-Camp.

Egal, wie sehr Militär oder Polizei die Bewachung der Base verschärfen (die Kosten dafür gehen in die Millionen), immer wieder dringen FrauenLesben in die empfindlichsten Sicherheitsbereiche ein und richten große Sachschäden an. Der Zaun um Greenham Common ist x-mal zerschnitten und niedergetreten worden.

Die Unterstützung, die das Camp in seinen Anfängen erhält, ist enorm: bald werden an allen

8 Eingängen des Stützpunktes Camps eingerichtet, wo über 100 FrauenLesben permanent leben, an Wochenenden sogar mehr.

- Wegen der zahlreichen Aktionen, die in der Regel vor Gericht und, wenn die FrauenLesben die Geldstrafe, zu denen sie verurteilt sind, nicht bezahlen, im Knast enden, werden neue Gesetze erlassen (Greenham Byelaws) und die Rechtsprechung geändert, das heißt verschärft (die 1985 erlassenen Greenham Byelaws sind heute wieder aufgehoben, 1990 gewannen die FrauenLesben in letzter Instanz (House of Lords) einen Prozeß, der die Byelaws als "illegal" erklärte).
- Die Behörden versuchen immer wieder, die FrauenLesben durch außerordentliche harte Räumung loszuwerden, aber sie kehren stets zurück.
- Nach den politischen Entwicklungen der letzten Jahre und mehreren schweren Auseinandersetzungen in den einzelnen Camps gibt es nur noch das Main Gate/Yellow Gate Camp. Die FrauenLesben von Yellow Gate definieren sich als autonom, unabhängig, gewaltfrei und antirassistisch. Sie sind heute die einzigen, die kontinuierlich kämpfen, die statt einem Minimalkonsens den Zusammenhang zwischen Militarismus, Patriarchat, Imperialismus, Rassismus und Faschismus zum Schwerpunkt machen.
- Der Kampf der FrauenLesben von Yellow Gate ist stets auch ein Kampf gegen das Totgeschwiegenwerden von Presse, Funk und Fernsehen (selbst die "Peace News-for nonviolent revolution" weigerte sich eine Annonce für den Newsletter von den Yellow Gate FrauenLesben abzudrucken). Es ist ein Kampf in Erinnerung an Helen Thomas, die am 5. August 1989 von einem West Midland Police Horsebox getötet wurde.

Auch wenn die letzte Cruise im Frühjahr 1991 - gemäß dem INF-Vertrag vom Mai 1988 - back home in die USA geflogen worden ist, somit also die ursprüngliche Forderung nach Abzug der Cruise Missiles erfüllt ist, gibt es das Yellow Gate Camp noch immer. Heute sagen sie, daß sie erst gehen,

wenn es überhaupt kein Militär mehr gibt. Von dem INF Vertrag, der ansonsten überall als der Abrüstungsvertrag angepriesen wurde, ließen sie sich nicht täuschen, sondern entlarvten ihn als simplen Austausch eines veralteten durch ein neues Waffensystem. So ist auch der Luftwaffenstützpunkt Greenham Common nach dem Abzug der Cruise Missiles keineswegs geschlossen worden, sondern er wird für ein neues atomares Waffensystem genutzt: Trident Missiles. Im Gegensatz zu den bodenstationierten Cruise Missiles sind die Tridents auf U-Booten stationiert. Die Feuerkraft einer solchen Trident Missiles ist 8 mal höher als die der Hiroshima Bombe. Ein U-Boot wäre in der Lage 1792 Hiroshimas zu produzieren (zur Zeit sind 24 U-Boote geplant, das heißt 42308 Hiroshimas). Das Plutonium der Tridents hat eine radioaktive Strahlungsdauer von 250 000 Jahren. Vom Abwurf einer Trident würde sich die Welt nie wieder erholen (J. Douglas, Ground Zero Center for Nonviolent Action; "Trident is the end of the world").

Der Luftwaffenstützpunkt Greenham Common wird folgendermaßen in die Stationierung der Tridents mit einbezogen: Die Tridents werden in Aldermasten produziert, nach Greenham Common gefahren und von dort zu einem der U-Boot Stützpunkte nach Schottland geflogen. Da die Tridents relativ oft gewartet werden müssen, müssen sie in regelmäßigen Abständen nach Greenham zurückgeflogen werden, um von dort nach Burghfield transportiert zu werden, wo sie dann auf ihre "Sicherheit" geprüft und gegebenenfalls repariert werden.

In Anbetracht dieser Tatsache haben sich die Aktionen der Yellow Gate FrauenLesben in letzter Zeit zunehmend auf Aldermasten und Burghfield (beide nicht weit von Greenham entfernt) konzentriert.

Nach der Abschiebung von Janet Tavner nach Schweden leben aber nur noch 3 FrauenLesben permanent im Camp. Deshalb, und gerade dann, wenn mal wieder eine im Knast ist, ist es wichtig, daß auch andere FrauenLesben das Camp durch Besuche und Mitarbeit unterstützen.

"We need women from the past, the present and

women who have never been to Greenham to come to say hello to the struggle here, and to help us in whatever way you can. We have to resist the state's attempt to close us down, shut us up, and lock us away. Whatever amount of time, energie and help you can give, Yellow Gate needs it.''

Adresse: Yellow Gate, Women's Peace Camp, USAF/RAF Greenham Common, nr. Newbury, Bershire RG 14 7 AS, England.

Spenden an: Yellow Gate Women's Peace Camp, Newbury Building Society, 17-20 Bartholomew St Newbury, Berkshire RG 14 5 IY, Kontonr.: S 93375

Lesben als Mütter und Schwule als Väter - kein Problem?

Zum Internationalen Jahr der Familie besuchten 150 Interessierte eine Veranstaltung der Senatsverwaltung für Jugend und Familie, Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Brigitte Thaden aus Oldenburg, referierte zunächst über ihre eigenen Erfahrungen als lesbische Mutter. Sie stellte dar, daß bei Streitigkeiten um das Sorgerecht lesbische Mütter nach wie vor große Ängste haben, aufgrund ihrer Lebensweise diskriminiert zu werden. Gerd Büntzly aus Herford, schilderte die Erfahrungen schwuler Väter, die häufig noch in heterosexuellen Ehen leben und ihre sexuelle Identität verheimlichen. Er kritisierte die Unzulänglichkeit bisheriger wissenschaftlicher Forschung zu diesem Thema.

An der anschließenden sehr angeregten Diskussion beteiligten sich lesbische Mütter und schwule Väter, Professionelle aus Beratungsstellen und Pflegekinderdiensten und andere Interessierte. Es wurden Fragen des Sorgerechts, der Möglichkeit von Pflegeschäften, Adoption und künstliche Befruchtung erörtert. Deutlich wurde, daß aus psychologischer Sicht nichts gegen das Aufwachsen von Kindern mit einem lesbischen oder schwulen Elternteil spricht. Vorteilhaft für die Kinder sei, wenn die Eltern offen zu ihrer Lebensweise stehen. Die Anwesenden forderten, mehr Akzeptanz für die gleichgeschlechtliche Lebensweise, die sich z.B. in der Vermittlung von Pflegekindern

und in der Darstellung vielfältiger Lebensweisen in Schulbüchern äußern soll.

Eine Teilnehmerin betonte, daß kein neues Ideal der homosexuellen Kleinfamilie aufgebaut werden solle, sondern daß ganz verschiedene Formen des Zusammenlebens mit Kindern möglich seien und gleichberechtigt akzeptiert werden sollten. Eine andere Teilnehmerin forderte Lesben und Schwule mit Kinderwunsch auf, ihre Wünsche nach biologischer Elternschaft zu überprüfen, und ermutigte sie, sich verstärkt um Pflegekinder oder Patenschaften für Heimkinder zu bemühen. Senatsverwaltung für Jugend und Familie, Am Karlsbad 8-10, Berlin

Weiberwirtschaft

Es geht los! Im September eröffnete im Vorderhaus der Weiberwirtschaft e.G. in Berlin Mitte die ersten Geschäfte und ein Café. Es sind noch Gewerberäume frei, je nach Bedarf kleine Büroräume von 15 oder ganze Etagen von 300 qm. Interessierte Gründerinnen und Unternehmerinnen wenden sich an: Heidi Cramer, Tel 030/ 282 1052 Ort: Weiberwirtschaft e.G., Anklamer Str. 38, 10115 Berlin. Kontakt und Infos allgemein: Monika Damm (PR-Referentin), Tel. 030/ 282 1180. (ifpa Nr. 137)

Gemeinsames Sorgerecht nach der Scheidung nur auf Antrag beider Eltern!

Das fordert das Bündnis, zu dem sich der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband NRW und seine Mitgliedsorganisation Verband alleinstehender Mütter und Väter NRW, die Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Frauenbüros sowie das Feministische Rechtsinstitut zusammengeschlossen haben.

Begründung:

Eine juristische Entscheidung kann Probleme, die in der Beziehung zweier Menschen liegen, nicht lösen. Eltern, die auch nach der Scheidung die Verantwortung für ihre Kinder weiterhin gemeinsam wahrnehmen wollen, sollen dies auch eindeutig bekunden.

Die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnar-

renberger favorisiert das Regelfallmodell. Es bedeutet, daß in Zukunft das Sorgerecht nicht mehr vor Gericht (im Rahmen des Scheidungsverfahrens) verhandelt wird. Die Eltern behalten - wie bereits in der Ehe praktiziert - gemeinsam die juristische Sorge für ihre Kinder.

Die Ministerin will den alleinstehenden Müttern nur noch die Alleinentscheidungsbefugnis in Angelegenheiten des täglichen Lebens einräumen. Diese Mütter dürfen ohne Rücksprache mit dem anderen Elternteil entscheiden: "... wann das Kind geweckt wird, was es zum Essen erhält, welche Fernsehsendung es sehen darf, wann es zu Bett gehen muß etc."

Will die Mutter - also die Person, die für die Versorgung, Betreuung, das alltägliche Wohlergehen des Kindes rund um die Uhr zuständig ist um die ihre Berufstätigkeit nach den Zeiten des Kindes richtet, - mehr Entscheidungsbefugnisse, so muß sie demnächst vor Gericht einen Antrag auf das alleinige Sorgerecht stellen.

Da aber der Gesetzgeber den Regelfall gemeinsames Sorgerecht als die kindeswohlförderlichste Form ausweist, wird damit der Mutter beim Antrag auf das alleinige Sorgerecht automatisch unterstellt:

Sie handelt nicht zum Wohl des Kindes

Sie will nicht mit dem Vater zusammenarbeiten!
Amerikanische Studien belegen, daß es keinen Zusammenhang zwischen dem juristischen gemeinsamen Sorgerecht und dem Kindeswohl gibt. Die Forscher Frank. F. Furstenberg und Andrew J. Cherlin belegen in ihrem Buch "Geteilte Familien":

- Das gemeinsame juristische Sorgerecht ist in der Praxis kaum vom alleinigen Sorgerecht der Mutter zu unterscheiden.
- Es gibt keinen Unterschied bei den Kindesunterhaltszahlungen. Etwa zwei Fünftel der ehemals verheirateten Väter besuchen ihre Kinder nicht häufiger. Sie kommunizieren und kooperieren nicht häufiger mit ihren Ex-Frauen.
- Väter beteiligen sich nicht stärker an Entscheidungen, die das Leben ihrer Kinder betreffen.
- Väter übernehmen nicht mehr erzieherische

Verantwortung.

- Die Mütter müssen die meisten Entscheidungen nach wie vor alleine treffen.
- Die Konflikte zwischen geschiedenen Eltern werden nicht geringer.

Das gemeinsame Sorgerecht nach Scheidung wird zur Zeit in Deutschland von zwei bis vier Prozent der Eltern praktiziert. Eine Studie des Allgemeinen Sozialdienstes der Stadt München belegt, daß 88 Prozent der Väter, die kein Sorgerecht haben, dies auch nicht anstreben.

Der Regelfall im täglichen Leben ist also: Alleinige Sorge erhält der Elternteil, der mit den Kindern zusammenlebt. Das sind zur Zeit zu 87 Prozent die Mütter. Warum soll dies zur Ausnahme werden oder nur noch mittels Rechtsstreit möglich sein? Warum ist es den Eltern, die sich die gemeinsame Verantwortung auch nach der Scheidung für ihre Kinder weiterhin teilen wollen, nicht zuzumuten, dies im Rahmen des Scheidungsverfahrens eindeutig zu erklären?

Die Vermutung, daß dem Mann nach der Scheidung noch ein Rest Verfügungsgewalt über die Familie verbleiben soll, das Patriarchat gestärkt werden muß, liegt nahe.

Mit Kindeswohl hat es nichts zu tun, wenn sich in Zukunft geschiedene Eltern über Themen wie: Kindergarten, Schule, Umzug der Mutter in eine andere Stadt (z.B. aus beruflichen Gründen), Arztwahl, Aktivitäten in Sportvereinen, Freizeiten etc. nicht einigen können und ihre Differenzen in langwierigen Prozessen klären lassen müssen. Darum fordern die Organisation PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband NRW, Verband alleinstehender Mütter und Väter NRW, die Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros und das Feministische Rechtsinstitut:

Gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung ja - wenn beide Eltern es wünschen! (Wuppertal, 5.8.1994; Weitere Informationen: Edith Weiser, VAMV-Landesverband NRW e.V. Tel 0201/ 22 99 00; Presseinformation des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW)

Feminismus in Rußland

“Junge Russen und Russinnen reagieren vorsichtig, wenn das Wort Feminismus fällt,” sagt Olga Lipowskaja, Präsidentin und Mitbegründerin eines unabhängigen Zentrums für geschlechtsspezifische Probleme, das es seit mehr als einem Jahr in St. Petersburg gibt. Hinzu kommt nach ihrer Meinung die breite Ablehnung des Sozialismus und dem, was Gleichheit zu sowjetischen Zeiten bedeutet hat. Das Zentrum widmet sich feministischer Frauenforschung ebenso wie der Unterstützung von neu gegründeten Frauenorganisationen und Initiativen. Finanziert wird das in Rußland bisher einmalige Projekt über die Stiftung der Grünen Partei “Frauenanstiftung” vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn. Zweimal jährlich erscheint ein 140 Seiten umfassendes Bulletin “Alle Menschen sind Schwestern” mit einer Auflage von 2.000 Stück. Das Zentrum versteht sich auch als Verbindungsglied für das lose Netzwerk unzähliger kleiner Frauenclubs und Initiativen, die seit einigen Jahren in Rußland entstehen.

(ifpa)

Nachrichten

“Wir machen uns nicht zu Extremisten - wir werden dazu gemacht”

Zum 60. Geburtstag von Ulrike Meinhof

Am 7. Oktober war der 60. Geburtstag von Ulrike Meinhof, Gründerin der Roten Armee Fraktion (RAF). Sie starb unter bis heute ungeklärten Umständen 1976 im Stammheimer Gefängnis: die einen sprechen von Mord, die anderen von Selbstmord.

Ulrike Meinhof ist die bedeutendste Figur in der bundesdeutschen sog. Terrorismus-Szene. Zwischen 1959 und 1969 arbeitete sie als Journalistin (ab 1960) als Chefredakteurin bei der Zeitschrift *konkret* in Hamburg mit sehr engagierten Kolumnen. 1968 ertrug sie ihr bürgerliches Leben nicht länger, trennte sich vom Mann, zog (mit Kindern) nach Berlin und beteiligte sich 1970 an der Befreiung von Andreas Baader. Anschließend

ging sie in den Untergrund, propagierte den bewaffneten Kampf und gründete die RAF. Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin sind die bekanntesten Mitglieder der sog. “Baader-Meinhof-Bande”.

Ulrike Meinhof verkörpert den Prozeß in dem Empörung über ungerechte soziale und destruktive politische Zustände an die Grenzen ihrer Verbalisierung, an die Wand des Widerstands gegen reale Veränderungen gerät und in den Entschluß umschlägt, durch radikales Handeln, durch den direkten Angriff von Symbolen oder symbolisierenden Personen politische Einsicht und Umdenken in der Gesellschaft zu erzwingen.

*“Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. Protest ist, wenn ich sage, ich mache nicht mehr mit. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß alle anderen auch nicht mehr mitmachen.”**

Ulrike Meinhof

* zit. nach P. Brückner: Ulrike Marie Meinhoff und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976

A. Heiliger

“Frauen sollten sich wehren”

Die Polizei hat dazu gelernt: Bei der vorbeugenden Bekämpfung von Sexualdelikten steht künftig nicht mehr die Frau als potentielles Opfer im Mittelpunkt, sondern der Mann als Täter. Radikal geändert haben sich auch die polizeilichen Ratschläge an Frauen: Gegenwehr statt Stillhalten heißt es nun auch aus polizeilicher Sicht. Wurde bislang den Frauen eine ganze Palette von Verhaltensregeln eingebleut, die ihre Freiheit erheblich einschränken: keine auffallende Bekleidung, keine hochhackigen Schuhe, das Meiden von dunklen, menschenleeren Gegenden..., geht es jetzt darum, die Verantwortung vom Opfer zu nehmen und dem Täter zu übertragen. Selbstbewußtsein schaffen, lautet die neue Devise der polizeilichen Präventionsberatung für Frauen. Hatte die Polizei bislang die Ansicht vertreten, daß Frauen sich bei einer Vergewaltigung nicht wehren sollten, um den Täter nicht zu reizen, raten sie nun Frauen,

sich zu wehren. Hintergrund dieser geänderten Haltung ist das Ergebnis einer Studie der Kriminologin Susanne Paul, die 1991/92 alle Sexualstraftaten in Hannover untersuchte: durch Kampfbereitschaft der Frauen hätten viele Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen verhindert werden können.

(ifpa)

Frauenpaare

“Wußten Sie, daß das erste in der Kulturgeschichte dargestellte Paar ein Frauenpaar war?” - Die (als Wanderausstellung konzipierte) Ausstellung von Gabriele Meixner "Frauenpaare in kulturgeschichtlichen Zeugnissen" dokumentiert archäologische und kunstgeschichtliche Abbildungen von Frauenpaaren, schon in der Altsteinzeit, vor 12.500 Jahren, paarweise auf Steinplatten gravierte Tänzerinnen, Göttinnen, Priesterinnen, Amazonen, Doppelköniginnen, Gefährtinnen, Liebende. Die Präsentation einer Vielfalt von Frauenpaaren soll Sehgewohnheiten aufbrechen. Sie soll die kulturschaffende Bedeutung der Bindungen zwischen Frauen in der Menschheitsgeschichte zeigen, "und Mut machen, das weibliche Bündnis auf allen Ebenen der Realität auszuweiten."

Informationen zum Verleih der Wanderausstellung (25 Bild- und Texttafeln, 70x100cm, und Repliken von Frauen-Doppelfiguren): Urgeschichtsgruppe Goslar, c/o Frauke Weiland, Heißumer Weg 8, 38704 Liebenburg, Tel: 05346-5613 und Gabriele Meixner Tel. 09082-3169.)

(ifpa)

Grabscher bei der UNO

Einer der drei ranghöchsten Beamten der UNO in Genf, Mehmet Ülkümen, ist wegen sexueller Belästigung Anfang des Jahres für sechs Wochen vom Dienst suspendiert worden. Bis es überhaupt so weit kam, mußten die betroffenen Frauen innerhalb des von Männern dominierten Apparates etliche Hürden und beschwerliche Wege in Kauf nehmen. Angefangen hatte es mit einer Klage wegen sexueller Belästigungen wie körperliche Berührungen, eindeutige Aufforderungen, dauernde Anrufe am Wochenende etc. einer

Sekretärin der UNO beim Generaldirektor der UNO in Genf. Es tat sich jedoch nichts. Erst als sie sich ebenso wie vier weitere Frauen an die für Disziplinarfragen zuständige Kommission im Europäischen UNO-Hauptquartier beschwerte, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Doch statt der im Untersuchungsbericht der Kommission vorgeschlagenen dreimonatigen Suspendierung vom Dienst ohne Bezahlung, verhängte UNO Generalsekretär Butros Butros Ghali nur sechs Wochen. Sowohl in Genf wie in New York, wo Frauen über die Hälfte aller UNO-Beschäftigten - jedoch fast ausschließlich in Männern untergeordneten Positionen - stellen, sind Klagen über sexuelle Übergriffe weit verbreitet.

(ifpa)

Gleichbehandlung

Der Ausschuß für die Rechte der Frau im Europäischen Parlament hat in erster Linie für die Einhaltung der bereits geltenden Richtlinien im Bereich der Gleichbehandlung Sorge zu tragen bzw. neue Richtlinien zu formulieren. Außerdem hat er Analysen und Untersuchungen in anderen Frauen betreffenden Tätigkeitsbereichen durchzuführen. Es liegt nun ein Tätigkeitsbericht vorüber die bisherigen Aktivitäten des Ausschusses (Dokument EP 145, 089/Rev.3), zu beziehen bei:

Ausschuß für die Rechte der Frau, Europäisches Parlament, Rue Belliard 97-113, B-1049 Brüssel

(ifpa)

Lesben

ArbeitnehmerInnen dürfen auch in der Probezeit nicht wegen Homosexualität entlassen werden. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist eine solche Kündigung rechtsmißbräuchlich. Eine Entlassung wegen "des persönlichen (Sexual-)verhaltens" verstößt nach Ansicht der Richter gegen den gesetzlichen Grundsatz von Treu und Glauben. Das Recht auf Vertrags- und Kündigungsfreiheit einerseits müßte abgewogen werden mit den Rechten auf Achtung der Menschenwürde und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Anlaß für das Urteil war die Klage eines Schwulen, der von seinem Arbeitgeber noch

in der halbjährigen Probezeit entlassen worden war. Mit der Entscheidung aus Kassel wurde das Urteil des Landesarbeitsgerichtes in Bayern aufgehoben, das dem Arbeitgeber Recht gegeben hatte. (AZ: 2 AZR 617/93)

ifpa

Beschneidung illegal?

Die Regierung des westafrikanischen Staates Ghana hat im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die in Afrika weitverbreitete Klitorisbeschneidung künftig mit mindestens drei Jahren Gefängnis bestraft wird. Alle Formen der Beschneidung und "andere Formen der Verstümmelung" der weiblichen Geschlechtsorgane sollen strafbar sein. Das geplante Gesetz ist das Ergebnis eines langen Kampfes von Frauengruppen.

taz 4.6.94

Geschlechtsbestimmung

Indiens Parlament hat landesweit Tests zur Geschlechtsbestimmung von Ungeborenen verboten, um zu verhindern, daß weibliche Föten abgetrieben werden. Ein Verstoß wird mit drei Jahren Haft und mit einer Geldstrafe geahndet. Jährlich werden schätzungsweise 250.000 weibliche Föten abgetrieben.

taz 6.8.94

Gefährdet

Homosexuelle wurden erstmals in einem Verfassungsschutzbericht als eine durch Rechts extremismus gefährdete Gruppe aufgeführt. Der Bericht der Verfassungsschützer von NRW konstatiert "eine Ausdehnung der rechtsextremistischen Agitation auf sozial begründete Ausgrenzung von Minderheiten, von z.B. Behinderten und Homosexuellen". Volker Beck, der Sprecher des Schwulenverbandes, zitierte in diesem Zusammenhang aus dem Parteiprogramm der Republikaner, in dem es heißt, "eine Aufweichung des Familienbegriffs - etwa durch die Anerkennung sogenannter Schwulen- und Lesbenehe - werde auf das Schärfste" abgelehnt.

(ifpa)

Aufruf an alle Lesben

"Wir planen für 1995 ein lustvolles kurzweiliges Lesbenjahrbuch unter dem Motto 20 Jahre Lesbenbewegung. Dafür suchen wir coming-out-Geschichten, Gedichte, Kurztexte und -Geschichten, Fotos und Selbstdarstellungen von Lesbenprojekten... Utopien, Träume, Humor, Satire und Karikaturen. Vielleicht hat auch die eine oder andere Lust, sich interviewen zu lassen?..."

Bitte melden bei den Herausgeberinnen: Kathrin Lahusen, Horner Str. 97, 28203 Bremen oder Anke Schäfer, Postfach 5266, 65042 Wiesbaden, Tel: 0611/ 371515

(ifpa)

Liebesfreundliche Anträge

Auf ihrer diesjährigen Bundeskonferenz in Nürnberg verabschiedete die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) zwei Anträge, in denen sie sich gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlich lebender und liebender Menschen wendet und die gesamte Partei der SPD dazu auffordert, Gewaltakte und Übergriffe gegen Lesben und Schwule als Angriffe auf die Menschenrechte zu ächten und innerhalb der Partei "ein Klima des Vertrauens und der teilnehmenden Toleranz zu schaffen". Lesbische und schwule Paare sollten heterosexuellen Paaren im Recht auf Eheschließung gleichgestellt werden.

(ifpa Nr. 137)

Nacktrauchverbot in der U-Bahn

In New York dürfen Frauen nun auch, was Männern schon immer gestattet war: mit nacktem Oberkörper U-Bahn fahren. Die Verkehrsbehörde teilte jetzt nach langen Beratungen ihrer Anwälte mit der Staatsanwaltschaft mit, barbuisige Frauen würden künftig nur noch festgenommen, wenn sie die Ordnung in dem Verkehrsmittel stören oder von ihnen eine Gefahr ausgehe. Allerdings könne dies bereits der Fall sein, wenn andere Fahrgäste Anstoß nähmen. Sofort raus fliegt jedoch, wer oben ohne U-Bahn fährt und dabei die allgemeinen Verbote verletzt. Gemeint sind das Rauchen, Kaugummikauen oder Betteln. AZ 2.8.94

Literatur

Wenn Heimlichkeiten unheimlich werden

“Wenn Heimlichkeiten unheimlich werden” heißt eine Broschüre, die der Arbeitskreis Mädchenarbeit und die Gleichstellungsstelle Saarpfalz-Kreis herausgegeben haben. Das Praxis-Handbuch zur Prävention sexueller Ausbeutung für Fachkräfte in Schulen und Kindergärten zeigt Möglichkeiten auf, wie sexueller Mißbrauch thematisiert und wie Betroffenen Zugang zu Hilfe und Aussprache erleichtert werden kann. Die Broschüre kann bestellt werden bei der Gleichstellungsstelle Saarpfalz-Kreis, Am Forum 1, 66424 Homburg, Tel: 06841/ 104228/227

“Nicht vom Himmel gefallen”: Meisterinnen im Handwerk

“Nicht vom Himmel gefallen: Meisterinnen im Handwerk” lautet der Titel einer Studie zur Unterrepräsentanz von Frauen bei Meisterinnen und in Meisterkursen, die eine Forschungsgruppe im Auftrag der NRW-Frauenministerin durchgeführt hat. Untersucht wurden die Motive der Frauen, die einen Handwerksberuf ergriffen haben, sowie ihre Erfahrungen und Einstellungen während der Ausbildungszeit, der Gesellinnenjahre und bei der Fortbildung zur Meisterin. Die Studie kann bestellt werden beim NRW-Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann, Breite Str. 27, 40213 Düsseldorf.

Blaue Wunder

Blaue Wunder blickt in Filmbeschreibungen, Analysen und Regisseurinnenportraits auf die feministische Filmproduktion der letzten zehn Jahre zurück. Das Spektrum reicht vom Dokumentarfilm über Animation und Spielfilm bis zum Experimentalfilm und dem Medium Video. Vielfach stehen weibliche Identität und Sexualität im Mittelpunkt. Die Filme versuchen, jenseits sexistischer Klischees, neue Bilder weiblichen Begehrens zu finden und einer weiblichen Schaulust Rechnung zu tragen - eine Entwicklung, die in den

80er Jahren für Aufregung und ein großes publizistisches Echo gesorgt hatte. Die Befreiung der Frau von ihrer “zweiten Natur” und die lustvolle Verwandlung ihrer Zuschreibungen kennzeichnen das feministische Kino ebenso wie eine experimentelle Bildsprache. Das Buch führt in zehn Filme mit präzisen Einzelanalysen ein, weitere Arbeiten werden in Übersichtstexten vorgestellt. Versehen mit Abbildungen, ausführlichen Filmbiographien und Verleihnachweisen, ist es nicht nur für Filminteressierte, sondern auch für die praktische Kinoarbeit geeignet. Erschienen in: Blaue Wunder. Neue Filme und Videos von Frauen 1984-1994. Eva Hohenberger, Karin Jurschick (Hg.) Argumente Sonderbände Neue Folge Band 225

Was heißt hier lesbisch? oder: Wie sag' ich's meiner Mutter?

Diese zehn Jahre alte Diplomarbeit entstand am FB Psychologie und wird sowohl als historisches Dokument als auch als ‘zeitlos’wichtiger Meilenstein lesbischen Selbstverständnisses veröffentlicht. Die beiden Autorinnen machen wirklich ernst mit Maria Mies' Postulat der persönlichen “Betroffenheit”: Sie erforschen sich selbst, ihre eigene Coming out-Geschichte, ihre Mutter-Beziehung und landen auf diesem Wege beim eigentlichen Knackpunkt, nämlich ihrem Selbst-Verständnis als Lesben. Die Arbeit ist in einem permanenten Dialog zwischen zwei durchaus sehr unterschiedlichen Frauen geschrieben worden; die Material-Basis besteht nicht aus ehrfuchtsgebietenden Zitaten oder Prozentwerten, sondern aus Tagebuchausschnitten, alten Briefen, Gesprächsprotokollen und anderen Alltags-Dokumenten. Lisa und Lucie machen auf diese ungewöhnliche Weise ihren Lebens- wie auch Arbeitsprozeß transparent und geben jede Menge Anlaß zu Identifikationen, Berührungen, Auseinandersetzungen etc. Dies ist wahrlich “ein Buch fürs Leben” - für sechzehnjährige Junglesben, verunsicherte Mütter, engagierte Beraterinnen und andere Interessierte. Erschienen im Frühjahr 1994 im Rahmen der Buchreihe “Feministisches Forum - Hamburger Texte zur Frauenforschung” im

Centaurus-Verlag (Pfaffenweiler): "Was heißt hier lesbisch? oder: Wiesag' ich's meiner Mutter?! von Lisa Diabola und Lucie Panther.

Die Kunst, das Loch und die Frau.

Feministische Kontroversen um Judy Chicagos "Dinner Party" von Anette Kubitza

Im Brennpunkt dieser kunsthistorischen Magisterarbeit steht das Paradebeispiel für feministische Kunst: Die "Dinner Party", ein dreieckiger 'gedeckter Tisch' für 39 historische Frauengestalten, sorgt seit Ende der 70er Jahre für sehr kontroverse Debatten - auch unter Feministinnen. A. Kubitza fragt anhand konkreter 'anstößiger' Punkte nach Hintergründen und Kontext der Auseinandersetzungen: Steht z.B. die für Chicagos Bildsprache zentrale Vaginal-Methaphorik für einen sinnbildlichen Protest gegen männliche Symbol-Welten oder für eine erneute gefährliche Reduktion von Weiblichkeit auf das "Loch"? Dienen die in der "Dinner Party" in verschwenderischer Fülle präsentierten kunsthandwerklichen Techniken einer Aufwertung traditionell "weiblicher" Fähigkeiten oder beschränken sie weibliche Kultur auf reaktionären Kitsch? Der Reiz dieser Arbeit besteht darin, daß sich die Fragestellung (nicht nur) auf den gesamten kulturellen Bereich übertragen läßt. Und sie zeigt eindrücklich anhand eines plastischen Beispiels, daß "Feminismus" ein historisch wandelbares Konstrukt ist - keine eherne zeitlose Wahrheit. Centaurus-Verlag

Querfeldein.

Beiträge zur Lesbenforschung

Herausgegeben von Madaleine Marti, Angelika Schneider, Irena Sgier, Anita Wymann.

Lesbische Frauen als Forschungsthema - damit wird eine bislang an die Ränder der Wissenschaft verwiesene Diskussion aufgegriffen und erstmals im deutschsprachigen Raum als Ergebnis eines interdisziplinären Symposiums präsentiert. Lesbenforschung, wie sie in diesem Band verstanden wird, eröffnet die Sicht auf eine Vielzahl von neuen Fragen, theoretischen Kontroversen und

empirischen Befunden: ein Suchkonzept, das ein neues Forschungsgebiet umreißt. Was kennzeichnet, ermöglicht, verhindert lesbische Identität und Beziehungen? - Welchen Stellenwert hat Sexualität in lesbischen Lebenszusammenhängen? - Wie konnten Lesben den Nationalsozialismus (nicht) überleben? - Welche Spuren hinterlassen Lesben in Literatur, Kunst, Film, Geschichte oder Sport? - Und welche Bedeutung schließlich hat die Wahl unterschiedlicher Ansätze für die Konzeption lesbischer Realitäten? Die in diesem Band versammelten Beiträge bilden eine Momentaufnahme der aktuellen Diskussion im deutschsprachigen Raum. Merkmale dieser Diskussion sind interdisziplinäre Bezüge, aber auch die Lust am Experimentieren. Dabei berufen sich die Forscherinnen auf feministische Ansätze ebenso wie auf etablierte sozial- und kulturwissenschaftliche Theorien. Lesbenforschung kreuz und que(e)r - ein vielversprechender Einstieg.

Schriftenreihe Feministische Wissenschaft, efe-Verlag, erschienen im August 1994.

Dem Schweigen ein Ende Sexuelle Ausbeutung von Kindern in der Familie.

Herausgegeben von Cornelia Kazis

Anhand von zwölf Beiträgen verschiedener Autorinnen gibt "Dem Schweigen ein Ende" Einblicke in die Hintergründe des Phänomens der sexuellen Ausbeutung von Kindern in der Familie. Nebst erschütternden Erlebnisberichten, Kinderzeichnungsanalysen, Statistiken und Erklärungsmodellen bringt das Handbuch Vorschläge zum Präventionstraining in den Schulen und Orientierung für Erzieherinnen und Erzieher, die von einem betroffenen Kind ins Vertrauen gezogen werden. "Dem Schweigen ein Ende" beschränkt sich nicht auf die Bestandsaufnahme grauenhafter Fakten, sondern bietet konkrete Handlungsanleitungen und -hilfen an. Ein Buch für alle, die mit Kindern und Kindheit zu tun haben wollen. Lenos-Verlag, Basel.

Alles klar? Über Gefühle, Gefahren und Grenzen

Ein Mädchenbuch zur Prävention von sexuellem Mißbrauch mit pädagogischem Begleitheft.

Alles klar?! verfolgt ein mehrfaches Anliegen. Im ersten Teil des Buches werden Mädchen über Bilder angeregt, ihren eigenen Sinneswahrnehmungen und Gefühlen unterschiedlicher Art Raum zu geben. Hintergrund dieser "Übungen" ist, Mädchen mit einem klaren Wissen über das, was sie mögen und ihnen gut tut, zu bestärken. Auf diesem Weg wird ihnen ein Rechtsgefühl vermittelt, sich z.B. gegen unangenehme Körperkontakte wehren zu dürfen. Der Präventionsansatz dieser Arbeitsmaterialien geht somit nicht von Wahrnehmungsfähigkeiten aus, sondern orientiert sich an der Entfaltung und Stärkung von Wahrnehmungsfähigkeiten, die wichtige Voraussetzungen für den Selbstschutz von Mädchen sind.

Der zweite Teil des Buches gibt Mädchen konkrete Anregungen, wie sexuellen Übergriffen begegnet und entgegengewirkt werden kann. In einer Bildergeschichte, die einen konkreten Übergriff und Verhaltensmöglichkeiten für das Mädchen zeigt, wird über die Gefahr des sexuellen Mißbrauchs aufgeklärt.

Das Begleitheft richtet sich an Frauen in den Rollen als Mütter, Erzieherinnen und Lehrerinnen. Es soll einerseits Anregungen geben, wie mit Mädchen an diesem schwierigerem Thema gearbeitet werden kann. Andererseits werden Frauen ermutigt, sich mit ihren eigenen Verhaltensmöglichkeiten auseinanderzusetzen, wenn sich ihnen ein Mädchen mit Gewalterfahrungen anvertraut.

Zu beziehen über: FrauenSicht e.V., Holbeinstr.32, 50733 Köln.

Die Quelle unserer Macht

Audre Lorde

Audre Lorde war eine Dichterin der Stadt New York, in der sie geboren wurde, eine Dichterin der vielen Orte, zu denen sie reiste - in Westafrika, Europa, Australien und in der Karibik, der Heimat ihrer Eltern, die in den letzten Jahren ihres Lebens

auch ihre Heimat wurde. Ihre Gedichte umspannen die Leben von Schwarzen Frauen in Westafrika, Südafrika, in der Diaspora von Europa und Nordamerika, den vielfältigen Kampf um Selbstbehauptung, gegen Gewalt und für die Vision einer neuen, lebberen Welt.

Liebe und Leidenschaft zwischen Frauen, das rückhaltlose Ausloten von Unterschieden als kreative Kraft, die Sehnsucht nach der Einheit mit der Mutter stehen neben beißender Kritik am tagespolitischen Geschehen. Wut über den Mißbrauch von Macht und die persönliche, schmerzvolle und mutige Gratwanderung zwischen Leben und Tod schärfen Audre Lordes Blick für das Wesentliche.

Orlanda Frauenverlag, Berlin

Aufruf!

Wir sammeln Eure Abschlußarbeiten für die Bibliothek der Koordinationsstelle. Bitte überlaßt uns ein Doppel Eurer Abschlußarbeit. Die anfallenden Kopierkosten werden von uns übernommen. Laßt Eure Erkenntnisse nicht in den Schubladen verstauben. Es kommen erfreuliche und erstaunliche Themen ans Licht! Zu schicken an: Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung, Allendeplatz 1, 20146 Hamburg, 4. Stock, Räume 419/423, Tel. 040/ 4123-5966, -4227

Sexueller Mißbrauch

Unter dem Titel "Wir lassen uns nicht mundtot machen-Zur Bewegung gegen die Entabuisierung des sexuellen Mißbrauchs" ist eine Dokumentation einer Fachtagung von Violetta e.V. - gegen sexuellen Mißbrauch an Mädchen erschienen.

In der Dokumentation sind die Vorträge von Barbara Kavemann und von Y. Schlitzer/B. Turczer veröffentlicht, desweiteren sind die Ergebnisprotokolle der Arbeitsgruppen abgedruckt.

Im Vortrag mit dem Titel:

"Geschichte der Entabuisierung des sexuellen Mißbrauchs und Überlegungen zum Stand der feministischen Diskussion über sexuellen Mißbrauch" blickt B. Kavemann auf die 10 jährige

Geschichte der Enttabuisierung des sexuellen Mißbrauchs zurück. Die Berliner Diplom-Soziologin fordert eine Offenheit in der Diskussion mit der sog. 'Gegenbewegung'. "Es würde uns und unserer Arbeit schaden, wenn wir uns durch die aktuellen Angriffe der Gegenbewegung nur noch in der Defensive fühlen würden." Vielmehr, so Kavemann, sei es nötig, bundesweit Gegenstrategien zu entwickeln - im Sinne einer Vernetzung aller Institutionen, die mit sexuell mißbrauchten Mädchen arbeiten.

Im anschließenden Referat mit dem Titel "Alles nur Panikmache?" zeigen Brigitte Turczer und Yanser Schlitzer in ihren Analysen die Geschichte, Inhalte und Strategien der sog. 'Gegenbewegung' auf. Sie stellen fest, daß die Polemik und die Diffamierung dieser Bewegung so alt ist, wie die Aufklärungsbewegung selbst. "Wenn es um sexuellen Mißbrauch, seine Aufdeckung und die sog. 'Gegenbewegung' geht, ist es notwendig zu wissen, daß es sexuellen Mißbrauch nicht erst seit der Jahrhundertwende gibt..." In ihrer Geschichtsforschung beziehen sie sich auf Aufzeichnungen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen.

Nach Schlitzer sind die Mitglieder der sog. 'Gegenbewegung' inzwischen bundesweit organisiert. Sie zeigt Zusammenhänge einzelner Personen und Institutionen auf und gibt einen Überblick über deren Thesen und Positionen, womit sie beispielsweise die Glaubwürdigkeit von Betroffenen anzuzweifeln und die in dieser Thematik arbeitenden Männer und Frauen zu diffamieren versuchen.

Desweiteren enthält die Dokumentation Ergebnisprotokolle der Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

AG 1: Vertiefung des Vortrages von Schlitzer/Turczer

AG 2: Sexueller Mißbrauch als Thema in Sorgerechtsentscheidungen

AG 3: Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit mit Kindern

AG 4 und AG 4b: Auswirkungen auf Beratung, Therapie und Diagnostik

AG 5: Der Verunsicherung entgegenwirken -

Strategien und Maßnahmen.

Zu beziehen: Donna Vita - Fachhandel, Postfach 5 (Post Husby), 24973 Ruhnmark, Tel. 04634/1717, Fax 04634/1702

Frauen - Rechtsextremismus - Rassismus - Gewalt Feministische Beiträge *Christiane Tillner (Hg.)*

Die rechte Gewalt geht überwiegend von Männern aus. Ist sie ein Männerphänomen? Die Autorinnen dieses Buches fragen nach dem Zusammenhang von Rechtsextremismus und Geschlecht.

Die Themen:

- Rassismus und Rechtsextremismus: Der Streit um die Ursachen
- Welten der Gewalt: Sexismus und Rassismus
- Rassismus, Dominanzkultur und Geschlechterverhältnis
- Die soziale Konstruktion von Geschlecht und Ethnizität
- Täterin, Zuarbeiterin, Opfer - Frauen, Rechtsextremismus und Gewalt.

Agenda Verlag Münster

Termine

Gewalt ohne Ende **Welche Perspektiven gibt es aus** **feministischer Sicht**

am 23.11.94 in Frankfurt

In nunmehr 20 Jahren Frauenhausarbeit ist durch die engagierte Arbeit von Frauen und die politischen Forderungen nach staatlicher Verantwortung, männliche Gewalt ein öffentliches Thema geworden. Dennoch haben sich die Männer selber und ihre Haltung zur Gewalt nicht erkennbar geändert. In der Debatte außerhalb und innerhalb der Institutionen verstärkt sich die Forderung nach einer Männerarbeit als Prävention. Neben Opferschutz soll der Blick auf die Täter und die Verantwortlichkeit des Mannes gelenkt werden.

Die Frauen, die seit Jahren engagiert und solidarische Arbeit in Projekten und Institutionen leisten, wollen mehr als Opferhilfe. Im Hintergrund der Auseinandersetzung mit männlicher Gewalt stand und

steht die Frage nach dem konkreten Ausbruch von Frauen aus Gewaltverhältnissen. Weder theoretisch noch praktisch ist erkennbar, wie Frauen gemeinsam die Opferhaltung aufgeben können.

Die von Christina Thürmer-Rohr in die Diskussion gebrachte Beschreibung von "Mit-Täterschaft" hat die Diskussion zwar beleben können, gleichwohl ist eine Stagnation feministischer Diskussion und Aktion festzustellen.

Ziel der Fachtagung ist es, den Dialog zwischen Theorie und Praxis neu zu beleben.

Die Referentinnen sind selbst Aktivistinnen der Frauenhausbewegung, haben konzeptionell und praktisch in Frauenhäusern gearbeitet. Sie unterscheiden sich in ihrem theoretischen Ansatz, mit dem sie das Phänomen männlicher Gewalt an Frauen gesellschaftlich einordnen und begründen.

Referentinnen sind:

Prof. Dr. Margit Brückner, Fachhochschule Frankfurt

Prof. Dr. Carol Hagemann-White, Universität Osnabrück, Institut Frau und Gesellschaft

Prof. Dr. Maria Mies, ehem. Fachhochschule Köln.

Die Referentinnen werden gebeten drei Fragen zu beantworten:

1. Wie begründen Sie männliche Gewalt an Frauen im Geschlechterverhältnis? Welche theoretischen Konzepte von Männlichkeit und Weiblichkeit legen Sie Ihrem Begründungszusammenhang zugrunde und welche alternativen Modelle entwerfen Sie dazu theoretisch?

2. Wie begründen Sie männliche Gewalt an Frauen im Kontext sozialer Verhältnisse bzw. gesellschaftlicher Strukturen? Welche theoretischen Vorstellungen von Gesellschaft legen Sie dem zugrunde und welchen theoretischen Gegenentwurf formulieren Sie selbst dazu, bzw. welchen schließen Sie sich an?

3. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem jeweiligen Begründungszusammenhang für die Ziele und das Handeln in der Frauenbewegung zum Thema "Gewalt gegen Frauen"? Wie schätzen Sie die gegenwärtige Stärke der Frauenbewegung ein, Widerstand wieder neu zu gestalten?

Nähere Informationen beim: DPWV, Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt/M

Alles nochmal durchleben..."

Das Recht und die (sexuelle) Gewalt gegen Kinder
vom 28. bis 30. Nov. 1994

Seit den neunziger Jahren hat zwar die Sensibilität

gegenüber (sexueller) Gewalt an Kindern in der Öffentlichkeit zugenommen, im Bereich der Ermittlungen und Ahndung sind aber noch viele Wünsche offen.

In Rücksprache mit Beratungsstellen in Deutschland wurde deutlich, daß gerade im offiziellen Ermittlungsverfahren oft strukturelle Probleme eine im Sinne der Opfer sinnvolle Zusammenarbeit von Beratungsstellen, Jugendamt, Polizei und Kinderärzteschaften erschweren. Obwohl die Tagung deutlich den Akzent auf sexuelle Gewalt gegen Kinder legt, soll die Mißhandlung nicht aus dem Blick geraten, weil die Traumatisierung der Kinder vergleichbar ist, beides auch zusammen auftritt und hinsichtlich der Ermittlungsfragen ähnliche Probleme zu benennen sind.

Nähere Informationen: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Im Schellenkönig 61, 70184 Stuttgart.

Lesbian Politics - Just a Lifestyle?

Ein internationaler Erfahrungsaustausch, wie Lesben leben.

vom 15. bis 18. Dez. 1994

Seit 1985 findet in der Evangelischen Akademie Bad Boll mindestens eine zentrale Tagung für lesbische Frauen statt. Diese Tagungen stehen in einem christlich-feministischen Kontext, und wenden sich sowohl an Lesben in der Kirche als auch an Lesben in autonomen Zusammenhängen, die an Kontakt und Zusammenarbeit interessiert sind. Dieses Jahr soll der Austausch über persönliche und politische Aspekte unserer Lebensformen mit Freundinnen und Kolleginnen aus anderen Ländern der Erde im Mittelpunkt stehen. Dieser Blick über die eigenen Grenzen erscheint uns auch deshalb wichtig, weil sich internationale Gremien zunehmend mit uns Lesben auseinandersetzen. Teils zu unseren Gunsten wie jetzt im Europaparlament geschehen, teils aber auch mit großer Skepsis: allein bei der Erwähnung der Tatsache von Gewalt gegen lesbische Frauen kam es Anfang dieses Jahres bei der Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen zu einem Eklat!

Nähere Informationen bei: Evang. Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll

Prävention sexueller Gewalt und Feministische Weiterbildung

Fach-Frauen-Forum

vom 16. bis 18. Feb. 1995

Prävention von Gewalt in ihren sexistischen und sexuellen Formen ist der feministischen Arbeit immanent. Gewaltausübung ist das Medium, Diskriminierung das Resultat. Feministische Analysen erfassen die Komplexität der geschlechts-spezifischen Bedingtheit von Gewaltbereitschaft und Gewaltannahme, von frauen- und männerspezifischen Gewaltanteilen - Faktoren, durch die Gewalt immer wieder neu geschieht, solange sie nicht bewußt und somit verwandelbar werden.

Dieses Fach-Frauen-Forum verfolgt folgende Ziele:

1. Bestandsaufnahme und Reflexion der theoretischen Ausgangspunkte und pädagogische Umsetzung im Präventionsbereich: Was wurde beabsichtigt und was hat die Arbeit gebracht

2. Verbindungslinien der "klassischen" Themen Feministischer Weiterbildung zu Prävention sexueller Gewalt unter Berücksichtigung verschiedener Gewaltkontexte wie Rassismus, Nationalismus etc.

3. Perspektivenentwicklung durch Resümee und Auswertung Möglichkeiten und Grenzen der Fort- und Weiterbildung. Was geben die (noch) vorhandenen Präventionspotentiale her? Einschätzung des öffentlichen Umgangs mit der Problematik: Backlash als verfestigte Verleugnungsstruktur. Das Verhältnis von Prävention und Intervention.

Nähere Informationen bei: FrauenSicht e.V., Holbeinbstr.32, 50733 Köln.

Über die "(Un)möglichkeit von Frauenpolitik"

am 2.12.1994, um 19.30 Uhr

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Heide Pfarr "Frauen merken, ihnen bläst der Wind ins Gesicht. Es ist kaum noch von Frauenpolitik die Rede. Dabei gibt es doch kein sozialdemokratisch regiertes Bundesland, das nicht eine Frauenministerin aufzuweisen hätte.

Hat die Frauenpolitik versagt?

Sind die **Frauen alle auf einer Alibiveranstaltung** und merken es nicht?

Über die "(Un)möglichkeit von Frauenpolitik" spricht... eine, die es versucht hat. Prof. Dr. Heide Pfarr, vordem und jetzt wieder Professorin für Arbeitsrecht an der Universität Hamburg.

Ort: Kofra: Baaderstr.30, 80469 München

ZU GUTER LETZT

Sexuelle Belästigung

"Sie haben gerade eine Frau sexuell belästigt. Diese Karte ist chemisch präpariert. In den nächsten Stunden werden Sie erhebliche Störungen im Genitalbereich feststellen. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, über Ihr Verhalten nachzudenken und derartiges in Zukunft zu unterlassen!"

Aufdruck einer rosa Karte, die zudringlichen Männern von Frauen gezeigt wird.

Das "Ungeborene Leben" und die Klospülung

Wäre die befruchtete Eizelle wirklich ein fertiger Mensch, müßte jeder Spontanabort (rund 10 Prozent aller Schwangerschaften), der ins Klo geht, zu umfangreichen Suchaktionen in den Abwasserleitungen mit anschließenden Trauerfeierlichkeiten führen.

Wären bereits Ei oder Sperma menschliches "Leben" dann beginge jeder onanierende Mann millionenfachen Massenmord und der zölibatäre Klerus stünde womöglich als kriminelle Vereinigung vor dem 'Gottesgericht'.

Jutta Ditzfurth

Böse Triebe?

Einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Zahl von Kindesmißbrauch und dem verstärkten Engagement junger Väter bei Erziehung und Hausarbeit hat der Paderbomer Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt in einer Predigt beim Diözesen-Kolpingtag in Nedebach hergestellt: "Junge Frauen sind gleichberechtigt und fordern die Beteiligung ihrer Männer an der häuslichen Tätigkeit... Und da liegen die Gefahren für junge Männer,... daß sie ihren Trieben nachher nicht mehr standhalten können. Wenn junge Männer stärker mit der Pflege von Kleinkindern betraut sind und dabei nackte, entblößte Körper ständig sehen, sie berühren und saubermachen müssen, ist die Gefahr groß, daß sie ihren Begierden nicht widerstehen können. Der viele Körperkontakt mit dem Kind bei der Pflege würde ihnen sicher oft zum Verhängnis werden. Und deswegen stellen wir fest, daß auch diese Konsequenz, daß viele Väter Hausmänner werden, auch negative Aspekte haben kann."

Dem ist nichts hinzuzufügen...

(ifpa)

WAS IST KOFRA

Die Initiative KOFRA gibt es seit Ende 1981, seit November 1983 haben wir eigene Räume, seit 1993 in der Baaderstr.30. KOFRA ist ein autonomes Selbsthilfeprojekt von Frauen zu ihrer beruflichen Situation. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, dem jede Frau beitreten sollte, die unsere Initiative unterstützen möchte. Durch die Vereinsbeiträge unterhalten wir das Zentrum. Drei bezahlte Arbeitskräfte werden über einen Zuschuß vom Sozialreferat der Stadt München finanziert. KOFRA versteht sich als Rahmen, der Frauen zur Verfügung steht, um ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Die Räume stehen für Treffen zur Verfügung. Wir geben Hilfestellung zur Bildung von Selbsthilfegruppen und nehmen jede Anregung für Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen gerne auf und geben organisatorische Unterstützung und Beratung, wenn Frauen oder Gruppen zur Thematik Frauen und Arbeit aktiv werden wollen.

UNSERE ZIELE: Die Ziele von KOFRA sind im Konzeptpapier folgendermaßen formuliert: "Das Zentrum soll das Bewußtsein über die vielfältigen offenen und verborgenen Formen der Diskriminierung von Frauen im Arbeitsbereich sowohl in uns selbst als auch in der Öffentlichkeit fördern und dazu beitragen, diese Situation zu verändern, indem wir handlungsfähiger werden, unsere Interessen gemeinsam zu vertreten und durchzusetzen. Es soll ein Ort sein, an dem wir unsere Arbeitssituation diskutieren können, uns Probleme mitteilen und versuchen, sie gemeinsam zu lösen. Mit dem Zentrum wollen wir die Isolation in der Arbeit aufheben und uns gegenseitig unterstützen, wenn wir diskriminiert, ausgebeutet, benachteiligt und gezwungen werden, Inhalte und Arbeitsformen zu vertreten, die unseren eigenen Interessen und unserer Identität entgegenlaufen".

UNSERE PRAXIS: Seit der Eröffnung hat KOFRA eine kontinuierliche Entwicklung gemacht: Frauen aus verschiedensten Berufs- und Lebensbereichen haben begonnen, sich der Verwirklichung vielfältiger und spezifischer Ziele zu organisieren - manche haben bereits ihr eigenes Projekt gegründet wie z.B. I.M.M.A., die "Initiative Münchner Mädchenarbeit", mit dem MÄDCHENTREFF "Ragazza", einer Kontakt- und Informationsstelle für Pädagoginnen und der Zufluchtstelle für Mädchen in Not- und Krisensituationen, ferner ERGO - Frauen aktiv im Alter und die Amazonas-Sportfrauen. Durchschnittlich 10 Gruppen arbeiten regelmäßig an ihren Zielen in wöchentlichen, 14-tägigen oder monatlichen Treffen. Daneben beraten Fachfrauen in Rechts- und Sozialfragen, führen wir öffentliche Diskussionen und größere Veranstaltungen durch und bieten von Zeit zu Zeit Kurse an, wie z.B. Durchsetzungstraining oder Berufsentwicklungstraining. Die KOFRA-Organisationsfrauen gewährleisten den strukturellen Rahmen für die inhaltliche Arbeit durch eine Menge Hausarbeit, durch die gesamte Büroabwicklung mit Finanzen, Anfragebeantwortung, Anträgen, Öffentlichkeitsarbeit, Institutionenkontakte sowie durch eine Reihe von Serviceleistungen: Das KOFRA-Cafe, der Fachbibliothek, die Zeitschriften und das Archiv, individuelle Gespräche und Telefondienst. Alle 2 Monate bringen wir unsere eigene Zeitschrift heraus: ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISMUS UND ARBEIT, die im Abonnement von uns bundesweit vertrieben wird und Nachrichten sowie Termine zum Thema Feminismus und Arbeit beinhaltet - jedes Heft steht unter einem Schwerpunkt mit ausführlichen Artikeln.

ABONNEMENT

Jahresabonnement 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge: DM 35.- (incl. Mwst. und Porto), es verlängert sich automatisch um das folgende Jahr, wenn es nicht 2 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von 2 Wochen bei Kofra widerrufen werden.

Name

Adresse

Bitte überweise das Geld auf das Konto Nr. 78 055 00 bei der Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 700 205 00 oder gib Kofra eine Einzugsermächtigung, die Du dann an: Kofra e.V., Baaderstr.30, 80469 München sendest. Vielen Dank. Von den bisherigen Ausgaben möchte ich noch folgende:

Einzugsermächtigung

Ich beauftrage das "Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.", DM 35.- für ein Jahresabonnement ihrer Zeitschrift von meinem Konto:

Nr.

bei

Bankleitzahl

abzubuchen

Unterschrift

BISHERIGE SCHWERPUNKTE:

- Nr. 10/84 Arbeitslosigkeit (vergriffen). Nr. 11/84 Frauennetzwerk zur Arbeitssituation (vergriffen).
 Nr. 12/84 Neue Technologien und Widerstand (vergriffen). Nr. 13/84 Feministische Mädchenarbeit (vergriffen). Nr. 14/85 Gleichstellungsstelle (vergriffen). Nr. 15/85 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz (vergriffen). Nr. 16/85 Alternativen zur Arbeitslosigkeit. (vergriffen) Nr. 17/85 Arbeitsplätze selber schaffen (vergriffen). Nr. 18/85 Feministische Wissenschaft. Nr. 19/85 Frauen - Geld - Feminismus. Nr. 20/86 Feministische Mädchenarbeit II (vergriffen). Nr. 21/86 Kofra über Kofra - 2 Jahre Projektarbeit (vergriffen). Nr. 22/86 Frauennetzwerk zur Arbeitssituation II. Nr. 23/86 Arbeitssituation von Lesben (vergriffen). Nr. 24/86 Frauen und Karriere. Nr. 25/86 Frauenprojekte. Nr. 26/87 Autonomie gegen Integration. Nr. 27/87 Finanzierung von selbstorganisierten Projekten. (vergriffen) Nr. 28/87 Staatsknete für Frauenprojekte. Nr. 29/87 Dokumentation Konkrebß zur autonomen Frauenpolitik. Nr. 30/87 Zur feministischen Kritik an der Koedukation (vergriffen). Nr. 31/87 Institutionalisierte Frauenpolitik - Eine Politik für Frauen? Nr. 32/88 Frauenförderung und Quotierung als Befriedigungspolitik? Nr. 33/88 Frauenförderung an den Hochschulen. Nr. 34/88 Frauen und Handwerk (vergriffen). Nr. 35/88 Subsistenzwirtschaft. Nr. 36/88 Ein Mädchenhaus in München - Dokumentation. Nr. 37/88 Feministische Strategien in Naturwissenschaft und Technik. Nr. 38/88 Südkorea, IWF und Frauenarbeit. Nr. 39/89 5 Jahre Kofra. Nr. 40/89 Frauensport - als selbstbestimmte Bewegung. Nr. 41/89 Gynäkologie und Selbsthilfe. Nr. 42/89 Frauenreisen (vergriffen). Nr. 43/89 Gemeinnützigkeit als politische Kontrolle. Nr. 44/89 Frauen und Musik. Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung. Nr. 46/90 Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. Nr. 47/90 Weg mit dem §218.
 Nr. 48/90 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 49/90 Frauenforschung und Feminismus.
 Nr. 50/91 Feministische Mädchenpolitik (vergriffen).
 Nr. 51/91 Rassismus von Frauen.
 Nr. 52/91 Autonomie.
 Nr. 53/91 Prostitution als Beruf.
 Nr. 54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung.
 Nr. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.
 Nr. 56/92 Glück in Frauenprojekten?
 Nr. 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise.
 Nr. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht.
 Nr. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus. (vergriffen)
 Nr. 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte. (vergriffen)
 Nr. 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik?
 Nr. 62/93 Sexueller Mißbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz?
 Nr. 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus
 Nr. 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten
 Nr. 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder
 Nr. 66/93 Frauensteik
 Nr. 67/94 Zur Kopftuchdiskussion
 Nr. 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit
 Nr. 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben.

Köfra

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeitssituation e.V.